



Deutsches
Jugendinstitut

Expertise

Anja Bawidamann, Yvonne Oeffling (AMYNA e.V.)

Besonderheiten bei der Gefährdungseinschätzung und der Entwicklung eines Schutzkonzepts bei möglicher innerfamiliärer sexueller Gewalt

Band 1: Gefährdungseinschätzung und die Konzeption von Hilfe und Schutz

Impressum



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0) veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

© 2023 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München
www.dji.de

Grafik: graphodata GmbH

Datum der Veröffentlichung: 23.10.23

ISBN: 978-3-86379-474-3

DOI: 10.36189/DJI202321

Autorinnen:

Anja Bawidamann/Yvonne Oeffling
AMYNA e.V
Mariahilfplatz 9
81541 München
Telefon: +49 89 8907545-131
E-Mail: projekte@amyna.de

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Die vorliegende Expertise entstand im Rahmen des DJI-Projekts "Qualitätsentwicklung im Kinderschutz in Baden-Württemberg". Das Projekt wurde vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg gefördert und erstreckte sich von Juli 2018 bis Dezember 2020. Die Expertise wurde im Zeitraum 2019–2020 verfasst. Nähere Informationen zum Projekt finden Sie auf der Projekthomepage: www.dji.de/QuaKi

Inhalt

1. Einleitung	5
2. Analyse	6
2.1 Analyse des Forschungsstands in Bezug auf Verdachtsabklärung und Gefährdungseinschätzung	6
2.1.1 Der Verdacht kommt auf – Gewichtige Anhaltspunkte und nachfolgende Klärungsprozesse	6
2.1.2 Trotz der Standards individuelle Einschätzungen ermöglichen – Einflussfaktoren bei Verdacht auf innerfamiliären Missbrauch	12
2.1.3 Umgang mit dem Verdacht – Unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Gefährdungseinschätzung	14
2.2 Analyse des Forschungsstands in Bezug auf Durchführung und Wirkung von Unterstützungsmaßnahmen im Hilfeverlauf inkl. Bewertung	22
2.2.1 Hilfen für Familien	22
2.2.2 Erkenntnisse zur Wirkung von Hilfemaßnahmen	23
2.2.3 Entscheidungskriterien für die Auswahl der zur Verfügung gestellten Hilfemaßnahmen	27
2.3 Spezifische Erkenntnisse über Chancen und Herausforderungen zur Durchführung und Wirkung von Schutzkonzepten bei innerfamiliärem sexuellen Missbrauch	28
3. Empfehlungen	31
3.1 Empfehlungen für notwendige Elemente der Gefährdungseinschätzung	31
3.2 Empfehlungen für erforderliche und notwendige Schutzmaßnahmen in der gelungenen Entwicklung von Schutzkonzepten	33
3.3 Empfehlungen für erforderliche Qualifikationen der durchführenden ASD-Fachkräfte	34
4. Abschluss und offene Fragen	35
5. Literatur	37

Einleitung

Die Gefährdungseinschätzung bei möglicher innerfamiliärer sexueller Gewalt von Erwachsenen gegen Kinder oder Jugendliche stellt für die zuständigen Fachkräfte eine besondere Herausforderung dar. Sowohl die häufig unklaren Hinweise im Verdachtsfall, wie sie später aufgezeigt werden, als auch Unsicherheiten und Emotionen, die dieses Thema für das professionelle Unterstützungssystem und die breitere Öffentlichkeit mit sich bringt, machen die Verdachtsabklärung bei innerfamiliärer sexueller Gewalt hochbrisant für Fachkräfte im Jugendamt.

Gleichzeitig fristet die Thematik des sexuellen Missbrauchs im Gesamtbild der Fachdiskussion zu Kindeswohlgefährdungen ein eher stiefmütterliches Dasein. In einer kürzlich veröffentlichten Expertise über den nationalen Forschungsstand und Strategien zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz (Schmutz/de Paz Martinez 2018) finden sich zwar beispielsweise 28 Treffer auf mehr als 170 Seiten zur Thematik. Allerdings wird der Begriff meist nur in Aufzählungen erwähnt, um verschiedene Formen von Kindeswohlgefährdungen zu benennen. Lediglich viermal geht es explizit um die Thematik des sexuellen Missbrauchs im Kinderschutz.

Die hier vorliegende Expertise versucht deshalb, die Diskrepanz zwischen Schwierigkeitsgrad und spärlicher Fachdiskussion etwas zu verkleinern. Ziel ist es, mit Blick auf innerfamiliären sexuellen Missbrauch als eine Form von Kindeswohlgefährdung, den aktuellen Forschungsstand in Bezug auf die Verdachtsabklärung zum Zweck der Gefährdungseinschätzung zu analysieren. In einem zweiten Schritt der Analyse wird der Forschungsstand bezüglich der Durchführung und Wirkung von Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen im Hilfeverlauf skizziert. Die Empfehlungen, die sich aus der Analyse ergeben, werden im hinteren Teil der Expertise ausgeführt und gebündelt. Den Abschluss bilden eine Zusammenfassung und der Ausblick auf noch offene Forschungs- und Praxisfragen.

Die Autorinnen gehen nicht auf die Thematik der sexuellen Gewalt durch Geschwister (Witte 2018) und den Konsum von Missbrauchsdarstellungen durch in der Familie lebende Erwachsene ein (Houtepen/Sijtsema/Bogaerts 2014). Ebenso behandelt die Expertise weder Gefährdungsmomente durch verurteilte Sexualstraftäter, die durch eine neue Partnerschaft in Kontakt mit Kindern stehen (Graf/Bovenschen/Kindler 2018), noch (sexuelle) Gefährdung in Pflegefamilien (Müller/de Paz Martinez 2020).

Die Expertise kann keinen Anspruch erheben, den gesamten (inter-)nationalen Forschungsstand abzudecken, sondern stellt einen Ausschnitt unter Berücksichtigung der genannten praktischen Problemstellungen dar und baut auf den bereits vor einigen Jahren angestellten Überlegungen im Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD) (Kindler u. a. 2006) auf¹.

¹ Das Handbuch steht unter https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/asd_handbuch.pdf zum Download bereit (28.04.2019). Das entsprechende Kapitel zum Thema der Expertise findet sich in Kapitel 69: Wie kann ein Verdacht auf sexuellen Missbrauch abgeklärt werden?

2.

Analyse

2.1 Analyse des Forschungsstands in Bezug auf Verdachtsabklärung und Gefährdungseinschätzung

Die Abklärung eines Verdachts auf innerfamiliären sexuellen Missbrauch gehört wohl zu einer der schwierigsten Aufgaben in den Jugendämtern, wie mehrere Autorinnen und Autoren betonen. Sexualisierte Gewalt im familiären Umfeld bringt es mit sich, dass in vielen Fällen zuerst nur sehr unklare Hinweise vorhanden sind und sich der Verdacht teilweise eher aus einem „schlechten Bauchgefühl“ ergibt. Da aber trotzdem Entscheidungen getroffen werden müssen, insbesondere darüber, ob ein Verfahren nach § 8a SGB VIII eingeleitet, also das Vorliegen gewichtiger Anhaltspunkte bejaht wird, und im Ergebnis dann eine Kindeswohlgefährdung zum gegenwärtigen Zeitpunkt als gegeben oder eben nicht gegeben angesehen wird, stellt dies eine große Herausforderung für das helfende System dar. Weiter ist hier eine große Sorgfalt geboten, besteht doch die Gefahr, dass eine zu schnelle oder unüberlegte Konfrontation die Situation für das betroffene Kind bzw. den oder die Jugendliche noch erschwert (vgl. z. B. Schader 2013).

Um in einer solch unsicheren Situation mehr Handlungssicherheit zu erhalten, soll im Folgenden eine Auswahl hilfreicher Erkenntnisse dargestellt und eingeordnet werden.

2.1.1 Der Verdacht kommt auf – Gewichtige Anhaltspunkte und nachfolgende Klärungsprozesse

Jede Abklärung beginnt mit einem Anfangsverdacht. In der Sprache des Kinderschutzrechts werden Momente, die einen Anfangsverdacht auslösen, auch als „gewichtiger Anhaltspunkt“ bezeichnet (§ 8a Abs. 1 Satz 1 SG VIII). Gemeint sind damit „konkrete Hinweise oder ernst zu nehmende Vermutungen für eine Gefährdung“ (Münder/Meysen/Trenczek 2019, S. 122). Im Verlauf der Abklärung ist es dann das Ziel einzuschätzen, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliegt und, falls dies der Fall ist, welche Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr geeignet und erforderlich sind. Kindeswohlgefährdung ist ein zukunftsbezogener Begriff. Nach einer grundlegenden Definition des Bundesgerichtshofs (BGH) handelt es sich um „eine gegenwärtige, in einem solchen Maß vorhandene Gefahr, dass sich bei der weiteren Entwicklung eine erhebliche Schädigung des Kindes mit ziemlicher Sicherheit voraussehen lässt“ (BGH-Beschluss vom 14.07.1956 – IV ZB 32/56). Die Abklärung eines Missbrauchsverdachts ist daher im Kinderschutzrecht kein Selbstzweck, sondern soll dazu dienen, eine weitere Schädigung betrof-

feiner Kinder, etwa durch einen fortgesetzten Missbrauch, zu verhindern. Dass ein fortgesetzter sexueller Missbrauch mit ziemlicher Sicherheit zu einer erheblichen Schädigung betroffener Kinder führt und daher als Kindeswohlgefährdung angesehen werden muss, ist in der Rechtsprechung der Familiengerichte, die für die Jugendämter besonders relevant ist, unstrittig und kann sozialwissenschaftlich durch zahlreiche Verlaufsstudien belegt werden (z. B. Hailes u. a. 2019; Trickett/Noll/Putnam 2011; Fergusson/Horwood/Lynskey 1996). Bei der Entscheidung, ob im Einzelfall von einem innerfamiliären sexuellen Missbrauch und einer Gefahr weiterer Schädigungen auszugehen ist, kommt es bei Jugendämtern auf eine fachlich begründete Einschätzung und bei den Familiengerichten auf die Überzeugung des Gerichts an, die sich im Hinblick auf strittige Sachverhalte, aber auf Tatsachen stützen muss. Ein Grad an Sicherheit, wie er in Strafverfahren benötigt wird, ist nicht erforderlich.

Sowohl im Hinblick auf einen Anfangsverdacht als auch auf die im Verlauf einer Abklärung zusammengetragenen Informationen muss berücksichtigt werden, dass es nur wenige Anhaltspunkte gibt, die tatsächlich einen hohen oder sehr hohen Hinweiswert für erfahrenen sexuellen Missbrauch haben. Auch wenn das Bedürfnis nach klaren „Symptomen“ o. ä. nachvollziehbar ist, muss gesagt werden, dass die meisten Reaktionen oder Folgen, die bei Betroffenen auftreten, unspezifisch sind, sodass ihnen auch alternative Ursachen zugrunde liegen können. Dies ergibt sich bereits aus der Sache: Da sexueller Missbrauch in unterschiedlicher Form, Intensität oder Dauer auftreten kann, zeigen sich auch die Auswirkungen dementsprechend unterschiedlich (vgl. Goldbeck 2015). Umso wichtiger ist es, dass Fachkräfte ein klares Gesamtbild davon besitzen, welche Anhaltspunkte wesentlich zur Klärung eines Missbrauchsverdachts beitragen können. Wichtig sind vor allem Anhaltspunkte mit einem hohen sogenannten „Hinweiswert“, auch als „diagnostischer Wert“ oder „diagnostische Nützlichkeit“ bezeichnet. Ein hoher Hinweiswert liegt dann vor, wenn ein Anhaltspunkt nur dann oder meist nur dann vorliegt, wenn es tatsächlich einen sexuellen Missbrauch gegeben hat und der Anhaltspunkt entsprechend nicht oder nur sehr selten vorliegt, wenn es keinen sexuellen Missbrauch gegeben hat.

Es gibt einige wenige Anhaltspunkte, bei denen eine deutlich erhöhte Aufmerksamkeit gefordert ist. Ein Gesamtmodell der Anhaltspunkte mit einem hohen Hinweiswert für Abklärungsprozesse in der Jugendhilfe hat Unterstaller (2006) vorgelegt. Ein vergleichbares Modell für den Bereich des Gesundheitswesens stammt von Vrolijk-Boschaart u. a. (2018). Nach dem Modell von Unterstaller (2006) ist von einem sehr hohen Hinweiswert auszugehen, wenn sexuelle Grenzüberschreitungen direkt beobachtet wurden oder Foto- bzw. Videoaufnahmen von der Handlung bestehen. Beobachtungen Dritter liegen allerdings nur sehr selten vor, da sexueller Missbrauch sich meist im Verborgenen abspielt. Sachbeweise in Form von Videoaufnahmen oder Bildern spielen zwar in manchen Fällen eine klärende Rolle, allerdings setzen sie in aller Regel ein Tätigwerden der Strafverfolgungsbehörden vor-

aus. Die Jugendhilfe selbst kann mit ihren Mitteln nicht überprüfen, ob Foto- oder Videoaufnahmen existieren. Sehr viel eher hat die Jugendhilfe durch Gespräche Zugang zu Schilderungen eines Kindes über einen erlebten sexuellen Missbrauch. Auch solche Schilderungen haben einen hohen Hinweiswert, wenn Erlebnisse für Fachkräfte nachvollziehbar beschrieben und Nachfragen beantwortet werden können. Entsprechend wird in Studien immer wieder deutlich, dass solchen Schilderungen betroffener Kinder in den meisten Fällen zu glauben ist (vgl. ebd.). In einer Zusammenschau internationaler Studien benennt Bange (2011) hier Angaben zwischen 0 und 8 % für Falschbeschuldigungen durch Kinder. Umgekehrt kann ein im Raum stehender Missbrauchsverdacht nur selten geklärt werden, wenn beteiligte Kinder keine Angaben machen wollen oder können. Da es sich bei Gesprächen mit betroffenen Kindern um den wichtigsten Weg handelt, wie innerhalb der Jugendhilfe ein Anfangsverdacht geklärt werden kann, gehen wir ab Seite 15 etwas näher auf die Exploration von Kindern ein. Zudem gibt es zu Gesprächen mit Kindern im Kinderschutz eine Expertise (Kindler 2023).

Zuletzt bestehen in manchen Fällen auch körperliche Auffälligkeiten bzw. Befunde, die einen sehr hohen Hinweiswert haben (vgl. Banaschak/Rothschild 2015). Die Kinder- und Jugendhilfe kann prinzipiell im Rahmen eines Verfahrens nach § 8a SGB VIII zur Verdachtsklärung notwendig erscheinende körperliche Untersuchungen anregen und in Einzelfällen sogar veranlassen bzw. es dem Familiengericht mitteilen, wenn die Eltern dieser Anregung nicht folgen. Jedoch weisen über 90 % der belegbar von sexuellem Missbrauch betroffenen Kinder und Jugendlichen einen körperlichen Normalbefund auf (vgl. Debertin/Banaschak 2013). Zu beweisenden Befunden zählen die Autorinnen eine Schwangerschaft, Spermanachweise, anogenitale Verletzungen und bestimmte sexuell übertragbare Erkrankungen bzw. Infektionen (ebd.). Nach Zusammenschau unterschiedlicher Studien sind demnach unter den sexuell übertragbaren Krankheiten vor allem die Gonorrhoe (im Volksmund „Tripper“²), Syphilis und eine HIV-Infektion zu beachten, sofern andere Übertragungswege ausgeschlossen wurden. In diesen Fällen bedeutet das, dass eine mögliche perinatale Infektion (d. h. kurz vor, während oder kurz nach der Entbindung) oder – im Falle einer HIV-Infektion – zusätzliche Übertragungswege wie eine Bluttransfusion ausgeschlossen werden müssen (vgl. Navratil 2005 oder Banaschak/Rothschild 2015). Über die Häufigkeit dieses Zusammenhangs, z. B. zwischen sexuell übertragbaren Krankheiten und erfahrenem sexuellem Missbrauch, lässt sich allerdings momentan noch nichts mit Sicherheit sagen (vgl. Navratil 2005).

Auch die Bewertung anderer körperlicher Hinweise, jenseits sexuell übertragbarer Krankheiten, ist immer abhängig von den Lebensumständen des Kindes bzw. des oder der Jugendlichen (z. B. Alter und Lebensumstände des Mädchens oder des Jungen bei Schwangerschaft oder Spermanachweisen). Daher muss seitens der medizinischen Fachkräfte stets überlegt werden, ob Alternativhypothesen möglich sind und wie diese geprüft werden können (z. B. bei Verletzungen im Genitalbe-

2 Einen einfachen und verständlichen Überblick über Informationen zu und Symptome von Geschlechtskrankheiten bieten beispielsweise das Bundesministerium für Gesundheit unter <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/s/sexuell-uebertragbare-infektionen-sti.html> oder die Deutsche Aidshilfe unter www.aidshilfe.de/geschlechtskrankheiten (17.04.2019).

reich). Da aber der Kinder- und Jugendhilfe unter Umständen die Rolle zufällt, eine medizinische Untersuchung zu veranlassen, dienen die vorangegangenen Beispiele dazu, die Aufmerksamkeit zu erhöhen und eine in geeigneten Fällen intensivere, medizinische Abklärung einzuleiten (vgl. Goldbeck 2015). Es wird nicht in jedem Verdachtsfall eine medizinische Untersuchung empfohlen, da diese von vielen Kindern bzw. Jugendlichen als belastend empfunden werden (Broaddus-Shea u. a., 2021). Insbesondere wenn Missbrauchshandlungen beschrieben werden, bei denen Verletzungen möglich sind (z. B. ein Eindringen in den Körper des Kindes), und angegeben wird, die Missbrauchshandlungen seien erst vor Kurzem erfolgt, oder wenn Schmerzen bzw. andere Symptome berichtet werden, ist es sinnvoll, auf eine körperliche Untersuchung zu drängen.

Auch wenn eine auf den Einzelfall bezogene Einschätzung und Bewertung unverzichtbar ist, haben sich bei anderen Gefährdungsformen standardisierte Instrumente als geeignet erwiesen, die Fachkräfte dabei zu unterstützen, ihre Einschätzung professionell zu unterfüttern. So bieten diese Instrumente also möglicherweise Orientierung und Handlungssicherheit in der persönlichen Einschätzung (vgl. Schone 2008). In der für diese Expertise erfolgten Durchsicht arbeiten die meisten Instrumente mit Gefährdungsindikatoren (für die unterschiedliche Begrifflichkeiten verwendet werden). Allgemein werden diese Indikatoren von Schone (vgl. ebd.) als Hinweise beschrieben, die für sich allein genommen (in den meisten Fällen) noch keine Gefährdung ausmachen, jedoch bei einer Häufung bzw. zusammen mit weiteren Informationen zur Familiensituation dazu führen können, dass die Situation eines Kindes als gefährdend eingeschätzt wird. Auf dieser Basis benennt Schone folgende Ziele für derartige Instrumente:

„(...) relevante Faktoren einer Kindeswohlgefährdung beschreiben zu helfen, die gezielte Wahrnehmung solcher relevanten Faktoren zu ermöglichen und die Genauigkeit von Beobachtungen zu schärfen, dazu beizutragen, blinde Flecken zu vermeiden (Dokumentationszwang hinsichtlich zentraler Merkmale) und die sachliche Basis für einzelfallbezogene Einschätzungen zu verbreitern.“ (Schone 2008, S. 37 f.)

Für eine Zusammenschau werden beispielsweise bei Körner und Heuer (2014) verschiedene Instrumente verglichen, von denen hier drei ausgewählte Beispiele kurz umrissen werden sollen. Betrachtet haben wir diese drei Beispiele unter dem Blickwinkel, inwieweit hier Anhaltspunkte für sexuellen Missbrauch in die Gesamteinschätzung einfließen oder das Instrument sogar für die Verdachtsabklärung im Hinblick auf sexuellen Missbrauch geeignet erscheint:

- **Glinger Manual:** Dieses Instrument ist per se für den Verdacht auf Vernachlässigung ausgerichtet, weist allerdings nach Ansicht der Autoren auch Indikatoren auf, die auf andere Formen einer Kindeswohlgefährdung hinweisen (vgl. ebd.). Das Glinger Manual schien für einige andere Instrumente die Basis zur Wei-

terarbeit gebildet zu haben (vgl. ebd.). Gewalt wird als Teil der Erfassung der Lebenssituation von Kindern abgefragt. Ein belegter sexueller Missbrauch oder Anhaltspunkte dafür werden nicht gesondert abgefragt, könnten aber den Gewalterfahrungen eines Kindes zugeschlagen werden. Der Bogen setzt damit eine Verdachtsabklärung voraus. Ergebnisse aus einer Verdachtsabklärung können an zumindest einer Stelle eingebracht werden.

- **Stuttgarter Kinderschutzbogen:** Dieser Bogen kann ab der ersten Einschätzung genutzt und im weiteren Fallverlauf wiederholt eingesetzt werden. Er wurde zusammen mit dem Jugendamt Düsseldorf in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Jugendinstitut weiterentwickelt und evaluiert (vgl. ebd.). Abgedeckt werden in mehreren Modulen verschiedene besondere Einschätzungsaufgaben (z. B. Wiederholungsrisiko Misshandlung und Vernachlässigung, elterliche Erziehungsfähigkeit). Ein Modul zur Verdachtsabklärung bei Hinweisen auf sexuellen Missbrauch gibt es aber nicht. Einer der Kernpunkte dieses Instruments sind die sogenannten Ankerbeispiele, um unterschiedliche Ausprägungsgrade bestimmter Merkmale von Kindern und ihrer Beziehungen bzw. Situation getrennt für verschiedene Altersgruppen zu veranschaulichen, die in sogenannten Fachzirkeln der Jugendämter erarbeitet wurden. Ankerbeispiele liegen entsprechend etwa für den Ernährungszustand von Kleinkindern, das Eingehen der Bezugspersonen auf die emotionalen Bedürfnisse in verschiedenen Altersgruppen oder den Schlafplatz eines Kindes vor. Der elterliche Umgang mit dem Thema Sexualität und eventuelle Probleme mit einem sexuell grenzverletzenden oder selbstgefährdenden Verhalten werden in den Ankerbeispielen zum Jugendalter angesprochen. Für sexualisiertes Verhalten in jüngeren Altersgruppen gibt es keine Ankerbeispiele. Da der Bogen ausdrücklich auf unterschiedliche Formen von Vernachlässigung und Misshandlung hin angelegt ist, ergibt sich klar, dass zusätzliche Standards für die Klärung des Verdachts auf sexuellen Missbrauch benötigt werden (vgl. Reich/Lukasczyk/Kindler 2009).³
- **Sozialpädagogische Diagnose des bayerischen Landesjugendamtes:** Diese Tabellen sollen eine Grundlage für die erste „Diagnose“ bilden, um sowohl Ressourcen als auch Risikofaktoren der Kinder und Jugendlichen zu erfassen (Macsenaere/Paries/Arnold 2009). Die Tabellen können sowohl als Checkliste als auch als Leitfaden für Gespräche mit Klientinnen bzw. Klienten oder sogar als Fragebogen verwendet werden. Sie müssen anschließend ohne standardisiertes Verfahren aber individuell ausgewertet werden (vgl. ebd.). Eine direkte Bezugnahme auf sexuellen Missbrauch als Kindeswohlgefährdung wird hier ersichtlich (z. B. unter Punkt 1: „Der junge Mensch ist Opfer sexueller Gewalt“, untermauert mit altersspezifischen Beispielen, ebd., S. 344). Allerdings muss das Ergebnis der Verdachtsklärung hierfür bereits vorliegen. Die Diagnosetabellen beziehen sexuellen Missbrauch bei der Gesamtbewertung also ein, geben aber ebenfalls keine Hinweise für die Verdachtsabklärung.⁴

³ Der Stuttgarter Kinderschutzbogen ist nicht frei zugänglich.

⁴ Die Diagnosetabellen können unter folgender Adresse abgerufen werden: https://www.blja.bayern.de/imperia/md/content/blvf/bayerlandesjugendamt/sdt_stand_03112020.pdf (14.10.2022).

Anhand der durchgesehenen Beispiele wird deutlich, dass standardisierte Instrumente und Indikatorensysteme häufig keine Hilfestellung für die Verdachtsklärung innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe bei vorliegenden Hinweisen auf sexuellen Missbrauch geben. Erneut wird damit deutlich, wie wichtig es ist, dass Fachkräfte hierfür ein fachliches Konzept zur individuellen professionellen Einschätzung im Fallverlauf zur Verfügung haben.

Die fachlichen Überlegungen beginnen bereits bei der Annahme von Gefährdungsmitteilungen. So benennt das Landesjugendamt Rheinland (LVR 2015) „Gelingensfaktoren“ für die Annahme von Mitteilungen über eine Kindeswohlgefährdung. Diese wurden von einer einberufenen Arbeitsgruppe gesammelt. Es wurden diejenigen empfohlen, bei denen „fachlicher Konsens“ bestand (vgl. ebd., S. 8). Als ein wichtiger Faktor wird dabei benannt, dass jede – auch vage – eingehende Mitteilung aufgenommen wird, ohne vorherige Beurteilung, ob es sich tatsächlich um gewichtige Anhaltspunkte handelt (vgl. ebd.). Vor allem dieser Punkt soll hier positive Beachtung finden, da bei sexuellem Missbrauch zunächst meist nur sehr unspezifische Hinweise vorliegen und ein bei externen Personen entstandener Verdacht deshalb häufig nicht sehr konkret begründet werden kann. Wie häufig eine zunächst sehr offene Haltung gegenüber Mitteilungen allerdings bereits zum Standard gehört oder ob ein Nicht-Wahrnehmen bzw. schnelles Beiseite-Legen tatsächlich ein reales Problem bei der Aufnahme von Meldungen zu sexuellem Missbrauch ist, lässt sich aufgrund mangelnder Forschung nicht mit Sicherheit sagen. Zumindest die Aufarbeitung des Missbrauchsskandals in Lügde deutet aber darauf hin, dass entsprechende Probleme vorkommen (Protokoll der Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Landkreis Hameln-Pyrmont vom 03.04.2019, S. 5 mit drei Hinweisen, denen nicht in fachlich geeigneter Weise nachgegangen wurde).⁵

Natürlich gibt es zur Gefährdungseinschätzung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe bei einem im Raum stehenden sexuellen Missbrauch auch noch einige offene Fragen, von denen wir zwei beispielhaft nennen: Zum einen ist fraglich, ob und welchen Einfluss die eigene Haltung und Biografie, ggf. sogar bearbeitete oder nicht bearbeitete eigene Missbrauchserfahrungen, auf Vorgehen und Ergebnis bei der Verdachtsabklärung haben. Bei Entscheidungen über die Fremdunterbringung eines Kindes deuten einige Studien darauf hin, dass persönliche Vorstellungen von Fachkräften über das Leben in stationären Einrichtungen oder die Bedeutung von Familie für das Wohlergehen von Kindern wichtig sind und daher reflektiert werden sollen (z. B. Davidson-Arad/Benbenishty 2010). Ob die Situation bei Verdachtsklärungen zu sexuellem Missbrauch ähnlich ist, sollte in der Zukunft noch erforscht werden. Zum anderen fehlen leider einige Erkenntnisse zur Wahrnehmung und Aufnahme von Hinweisen auf bestimmte Formen von sexueller Gewalt gegen Kinder bzw. Jugendliche. So ist es beispielsweise noch unklar, welche Hinweise oder Anhaltspunkte auf Verdachtsfälle von ritueller oder organisierter sexueller Gewalt anzuwenden sind bzw. inwieweit oben benannte Vorgehensweisen hier Anwendung finden können.

⁵ Das Protokoll der Sitzung ist nachzulesen unter: https://www.hameln-pyrmont.de/media/custom/2749_4665_1.PDF?1592324063 (22.07.2020).

2.1.2 Trotz der Standards individuelle Einschätzungen ermöglichen – Einflussfaktoren bei Verdacht auf innerfamiliären Missbrauch

Auch wenn Gefährdungsmittelungen, die Hinweise auf sexuellen Missbrauch betreffen, zuverlässig aufgenommen werden und anhand eines Modells von Anhaltspunkten mit hohem Hinweiswert eine Klärung versucht wird, was innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe in der Regel bedeutet, dass qualifizierte Gespräche mit dem Kind bzw. der oder dem Jugendlichen geführt werden, kann in 30 bis 40 % der Fälle kein klares Bild gewonnen werden (Unterstaller 2006). Daher kann es im Einzelfall sehr wichtig sein, weitere Einflussfaktoren, die auf die Gesamteinschätzung einwirken und somit auch den weiteren Verlauf lenken können, zu berücksichtigen.

Als erstes werden in der Literatur einige direkte Risikofaktoren für sexuellen Missbrauch benannt, so etwa bei Zimmermann u. a. (2011): Dazu gehören z. B. eigene Missbrauchserfahrungen der Eltern oder Faktoren wie Sucht (Alkohol/Drogen) sowie eine unverhältnismäßig strenge Erziehung und wenig positive elterliche Zuwendung ebenso wie elterliche Partnergewalt (ebd.). Bei uneindeutigen, aber gewichtigen Hinweisen auf einen bereits erfolgten sexuellen Missbrauch können zugespitzte Risikolagen in Form mehrerer vorliegender Risikofaktoren bei der Entscheidung über notwendige Schutzmaßnahmen den Ausschlag geben. Für sich genommen, also ohne Hinweise auf bereits erfolgte sexuelle Grenzüberschreitungen, rechtfertigen vorliegende Risikofaktoren in der Regel Hilfen zur Erziehung, aber keine Schutzmaßnahmen gegen den Willen der Betroffenen, da Analysen zur Wahrscheinlichkeit einer negativen Prognose in Bezug auf sexuellen Missbrauch bei Verdichtung dieser Risikofaktoren noch nicht vorhanden sind (vgl. ebd.). Ebenfalls liegen keine Erkenntnisse zu möglichen Schutzfaktoren bei innerfamiliärem Missbrauch in der Verdachtsklärung, obwohl diese teilweise (s. o.) explizit in die Einschätzung einfließen sollen. Die wenigen (hier nicht behandelten) Risikofaktoren, die auch für sich genommen Eingriffe rechtfertigen können, betreffen belegte Missbrauchshandlungen bzw. Sexualstraftaten einer Person mit Kontakt zu den Kindern (vgl. z. B. Graf/Bovenschen/Kindler 2018).

Eine ergänzende Rolle bei Einschätzungen kann zudem ein im Altersvergleich ungewöhnlich sexualisiertes Verhalten oder ein ungewöhnlich genaues sexuelles Wissen von Kindern spielen. Eine Reihe von Studien belegt, dass Kindergarten- und Grundschul Kinder, die sexuellen Missbrauch erfahren mussten, zu einem nennenswerten Anteil von 30 bis 40 % sexualisiertes Verhalten zeigen (Friedrich 2007). Aber auch unter Kindern mit Missbrauchserfahrungen handelt es sich nicht um die Mehrheit, sodass das Fehlen sexualisierten Verhaltens kein interpretierbares „diagnostisches Signal“ darstellt, hier liege kein Missbrauch vor. Wenn ein Kind dieser Altersgruppe durch sexualisiertes Verhalten auffällt, kann dies als gewichtiger Anhaltspunkt für eine Kindeswohlgefährdung im Sinne des § 8a SGB VIII gewertet werden, da die

Wahrscheinlichkeit, dass das betroffene Kind sexuellen Missbrauch erleben musste, im Vergleich zum Durchschnitt der Kinder deutlich erhöht ist (z. B. Bradley/Wood 1996). Allerdings ist es nicht möglich, aus einem Vorliegen von sexualisiertem Verhalten allein hinreichend sicher auf einen vorliegenden sexuellen Missbrauch zu schließen, um Schutzmaßnahmen von Jugendamt oder Familiengericht zu rechtfertigen. Sexualisiertes Verhalten stellt also einen verdachtsbegründenden, aber keinen verdachtsklärenden Umstand dar. Der Grund dafür liegt darin, dass sexualisiertes Verhalten verschiedene Ursachen jenseits eines erlebten sexuellen Missbrauchs haben kann (Friedrich 2007). Zu nennen wären hier beispielsweise unangemessene sexuelle Beobachtungen bzw. Medieninhalte, eine anderweitige schwere Belastung des Kindes oder eine negative Form der Aufmerksamkeitsuche. Einige Fälle sind kinderschutzrelevant, auch wenn es um Vernachlässigung in Form eines mangelnden Schutzes geht. Bei einem durch sexualisiertes Verhalten eines Kindes angestoßenen Klärungsprozess kann die Art des sexualisierten Verhaltens manchmal Hinweise darauf geben, was mit dem Kind in nicht suggestiver Weise besprochen werden sollte (z. B. Kinder spielen wiederholt bestimmte Szenen). In anderen Fällen liefert sexualisiertes Verhalten einen guten Grund, mit Eltern ins Gespräch zu gehen und diese kennenzulernen. Im Hinblick auf unangemessene sexuelle Beobachtungen ist es für Fachkräfte wichtig zu wissen, dass sexuelle Handlungen von Erwachsenen vor einem Kind ebenfalls den Tatbestand des sexuellen Missbrauchs nach § 176 Abs. 4 StGB erfüllen.

Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor betrifft die Überlappung mehrerer Kindeswohlgefährdungen. Zimmermann u. a. (2011) stellen etwa auf der Grundlage mehrerer wissenschaftlicher Erhebungen fest, dass belegbar von Missbrauch betroffene Kinder und Jugendliche häufig auch körperliche oder emotionale Gewalt oder Vernachlässigung erfahren haben. Kann ein Missbrauchsverdacht nicht geklärt werden, kann es entsprechend sinnvoll sein zu prüfen, ob andere Gefährdungsformen vorliegen.

Betrachtet man die beschriebenen erweiterten Faktoren, die bei Verdachtsklärungen von Bedeutung sein können, werden eklatante Wissenslücken deutlich. Vor allem werden Kinder und Familien, die nicht dem gesellschaftlichen „Mainstream“ entsprechen, aktuell noch wenig berücksichtigt. Bei Kindler (2013, S. 25) wird beispielsweise angesprochen, dass Erkenntnisse zum Ziel „kultur- und religionspezifischer Kinderschutzkonzepte“ für den Bereich sexueller Gewalt in Deutschland noch nicht vorliegen. Zumindest aber finden sich mittlerweile einige Ansätze eines migrationssensiblen Kinderschutzes im Hinblick auf körperliche Misshandlungen und Kindesvernachlässigung (z. B. de Paz Martínez/Teupe 2023). Entsprechend ist etwa unklar, wie beispielsweise erfahrene Benachteiligungen oder kulturell überformte Verantwortungszuschreibungen und Schamgefühle bei sexuellem Missbrauch seitens der Familien Prozesse der Verdachtsabklärung beeinflussen.

Auch die Einflüsse von (unbeabsichtigten/unreflektierten) diskriminierenden Haltungen und Handlungen der bearbeitenden Fachkräfte auf den Fallverlauf

sind aktuell (für Deutschland) noch nicht erforscht, obwohl dies eine große Bandbreite an potenziellen Problemen betrifft. Zu denken ist etwa an Rassismus (z. B. bei nicht weißen Kindern oder Kindern mit Migrationshintergrund), Homofeindlichkeit (z. B. bei homo- oder bisexuellen Kindern bzw. Jugendlichen, ggf. auch bei dem Verdacht auf sexuellen Missbrauch durch gleichgeschlechtliche Täterinnen oder Täter), Klassismus (z. B. eine erhöhte Aufmerksamkeit in einem sozial schwächeren Milieu) oder Sexismus (z. B. bei Aussage eines Jungen, von einer Täterin missbraucht worden zu sein). Darüber hinaus fehlen Erkenntnisse zum Vorgehen und zu Konzepten für Mädchen und Jungen mit Behinderung. Dass solche Probleme vorkommen, zeigt etwa eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das in einem Kinderschutzfall kulturelle Stereotype bei der Bewertung eines Vaters gerügt hat (BVerfG Beschluss vom 19.11.2014 – 1 BvR 1178/14). Im Staufener Missbrauchsfall wiederum hat die letztlich sexistische Einstellung, dass Mütter doch immer für den Schutz ihrer Kinder eintreten, zu Fehlentscheidungen beigetragen (Geschäftsstelle der Kommission Kinderschutz in Baden-Württemberg 2019).

2.1.3 Umgang mit dem Verdacht – Unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Gefährdungseinschätzung

Wie bei einem im Raum stehenden Verdacht die Prüfung auf Anhaltspunkte mit hohem Hinweiswert und gegebenenfalls der Einbezug weiterer Einflussfaktoren in die Einschätzung zeitlich organisiert werden kann, ist noch weitgehend unklar. Es wurden bisher kaum Vorgehensweisen und Abläufe beschrieben, die speziell auf die Anforderungen der Klärung eines Verdachts auf innerfamiliären sexuellen Missbrauch ausgelegt sind. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass in der Literatur überwiegend nur auf zukunftsgerichtete Gefährdungseinschätzungen eingegangen wird, wie es bei der Mehrzahl der Gefährdungsfälle angemessen ist (z. B. Biesel/Urban-Stahl 2018), während die Arbeitsschritte einer notwendig vergangenheitsbezogenen Verdachtsklärung beim sexuellen Missbrauch als Teil einer dann komplexer verlaufenden Gefährdungseinschätzung außen vor gelassen werden. Eine positive Ausnahme stellt beispielsweise die Berufsgruppe gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen Würzburg (2018) dar, die basierend auf dem Erfahrungswissen der Teilnehmenden und gängiger Fachliteratur das „Abklären eines Verdachts auf sexuellen Missbrauch/Risikoeinschätzung im Rahmen des Schutzauftrages“ (ebd., S. 36) als Prozess beschreibt. In der Broschüre findet sich ein Beispiel für ein auf innerfamiliären sexuellen Missbrauch angepasstes Vorgehen (Berufsgruppe Würzburg 2018). Nach Annahme der Gefährdungsmittteilung, Klärung der Fallzuständigkeit und weiterer genereller Rahmenbedingungen empfehlen sie folgendes Vorgehen zur Verdachtsklärung: Möglichst breite Informationssammlung unter Hinzuziehung anderer Professionen im Kontakt mit der Familie, Prüfung und Bewertung des Anfangsverdachts, Helferkonferenz und Gespräche mit dem Kind bzw. der oder dem Jugendlichen (vgl. ebd.).

Kindler (2009) beschreibt, dass es ohne Angaben betroffener Kinder innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe nur wenige Möglichkeiten zur tatsächlichen Klärung eines Verdachts bei sexuellem Missbrauch gibt. Daher ist es in der Regel nötig, mit möglicherweise betroffenen Mädchen bzw. Jungen fachlich qualifiziert zu sprechen. Im Einzelfall können auch körperliche Befunde wichtig sein. Weiter ist es sinnvoll, das Verhalten zu beobachten und Informationen durch Dritte einzuholen, da dies das Bild abrunden kann (vgl. ebd.). Da Verdachtsabklärungen bei möglichem sexuellen Missbrauch im Verhältnis zu Gefährdungseinschätzungen bei anderen Gefährdungsformen in der Tätigkeit der ASD-Fachkräfte eher selten vorkommen und der Aufbau von ausreichend Erfahrung daher schwierig ist, wird immer wieder deutlich, dass für eine umfassende Verdachtsabklärung ggf. auch die Blickwinkel verschiedener Professionen nötig sind, um eine individuelle Abklärung möglich zu machen⁶ (ebd.).

Grundlegend für ein gutes Fallverstehen und zutreffende Einschätzungsprozesse scheint ebenfalls zu sein, einen möglichst offenen Blick auf den Verdachtsfall zu behalten. Mehrere Autorinnen und Autoren verweisen hier auf die Notwendigkeit, Alternativhypothesen für die vorliegenden Hinweise auf einen sexuellen Missbrauch aufzustellen und diesen ebenfalls nachzugehen, so z. B. bei Hofmeister (2011), Bange (2015), Unterstaller (2006) oder Biesel und Urban-Stahl (2018, hier allerdings allgemein auf Kindeswohlgefährdungen bezogen). Alternativhypothesen vermindern die Gefahr, dass Fachkräfte bevorzugt Informationen wahrnehmen, erinnern und mitteilen, die einen sexuellen Missbrauch zu bestätigen scheinen (Bestätigungsfehler).

Im Folgenden geht es darum, die unterschiedlichen Aufgaben und Schritte im Prozess der Einschätzung eines Verdachts zu beleuchten:

Fallkonferenzen/Helferkonferenzen

Die Berufsgruppe in Würzburg (2018) empfiehlt Fachkräften des Jugendamtes, nach Eingang einer Gefährdungsmitteilung zu einem möglichen innerfamiliären sexuellen Missbrauch bereits in der ersten Phase der Informationssammlung auf weitere professionelle Helferinnen oder Helfer im Umfeld des Kindes bzw. der oder des Jugendlichen zuzugehen und ggfs. auch frühzeitig spezialisierte Fachkräfte für sexuellen Missbrauch einzubeziehen. Die Vorschrift im § 8a Abs. 1 SGB VIII zum Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte bei der Gefährdungseinschätzung lässt zu, dass nicht alle einbezogenen Fachkräfte dem ASD angehören. Nach Möglichkeit sind hierbei jedoch, etwa im Rahmen einer Fallkonferenz, Informationen zu pseudonymisieren. Im Rahmen einer solchen Fallkonferenz können z. B. bereits bekannte Informationen, Hintergrundwissen zur Familie sowie Arbeits- und Alternativhypothesen gesammelt und das weitere Vorgehen geklärt werden (vgl. Bange 2015).

⁶ Auf die Rechtsgrundlagen multidisziplinärer Gefährdungseinschätzungen wird hier nicht eingegangen, sondern auf eine weitere Expertise im Projekt verwiesen: Schönecker u. a. 2020.

Dringlichkeitseinschätzung

Häufig gehört eine Dringlichkeitseinschätzung als erster Schritt zum Vorgehen in der Gefährdungseinschätzung (siehe z. B. Kindler 2007). In einer Befragung von Jugendamtsmitarbeitenden wurde deutlich, dass diese einen Verdacht auf sexuellen Missbrauch oft als akut und dringlich einordnen (vgl. Franzheld 2015). Dies bedeutet, dass die Bearbeitung des Falls inmitten der häufig vielfältigen Arbeitsaufgaben von ASD-Fachkräften priorisiert wird. Es bedeutet nicht, auch nicht bei einem möglicherweise aktuell laufenden sexuellen Missbrauch, dass überstürzt gehandelt werden muss. Überstürzt gehandelt wird dann, wenn Entscheidungsgrundlagen beim ASD noch nicht geschaffen und dokumentiert sind. Das Schaffen geeigneter Entscheidungsgrundlagen nimmt nicht immer viel Zeit in Anspruch. Berichtet ein Kind bzw. eine Jugendliche oder ein Jugendlicher nachvollziehbar von einem laufenden sexuellen Missbrauch und bittet um Schutz, sind die Voraussetzungen für eine vorläufige Schutzmaßnahme unzweifelhaft sofort erfüllt. In anderen Fällen muss das Vorgehen aber gut geplant oder Betroffene müssen einige Zeit begleitet und unterstützt werden, bevor sie etwa bereit sind, sich ausreichend zu öffnen.

Kontaktaufnahme mit den Eltern bzw. im Haushalt lebenden Familienangehörigen

Die Kontaktaufnahme mit den Eltern ist bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung als Regelfall in § 8a Abs. 1 SGB VIII vorgesehen. Jedoch macht das Gesetz hierfür keine zeitlichen Vorgaben. In Ausnahmefällen, d. h. wenn durch einen Einbezug der wirksame Schutz in Frage gestellt werden würde, kann es nötig und zulässig sein, die Eltern erst im Rahmen eines familiengerichtlichen Kinderschutzverfahrens zu informieren und ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Eine intensive Fachdiskussion hat sich mit der Frage beschäftigt, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Voraussetzungen bei Hinweisen auf einen innerfamiliären sexuellen Missbrauch ein Einbezug der Eltern erfolgen sollte. Es sind jedoch nur wenige empirische Erkenntnisse hierzu vorhanden.

Enders (2015) beschreibt (wohl aus dem Erfahrungswissen von Fachstellen) einige Voraussetzungen, um mit tatverdächtigen Personen zu sprechen, wie beispielsweise möglichst viel Detailwissen über den Verdacht und dessen Entstehung. Darüber hinaus scheint es ihr häufig sinnvoll, das Gespräch durch zwei Fachkräfte zu gestalten, da diese im Nachgang ihre Wahrnehmungen abgleichen und Informationen zusammen sammeln können (vgl. ebd.). Wichtig sei weiter eine grundsätzlich offene Haltung, damit das Gespräch keinen unnötig konfrontativen, sondern tatsächlich aufklärenden Charakter bekommen kann (ähnlich Gerber/Lillig 2018).

Für die konkrete Gesprächsgestaltung empfiehlt Enders (2015), z. B. allgemeine Fragen zum Alltag des Kindes zu stellen, da dies hilfreiche Anhaltspunkte für eine

Einschätzung der Situation, aber auch für Strategien der Täterin oder des Täters (Geheimhaltung, Förderung der Abhängigkeit etc.) bieten kann. Sie verweist darauf, dass Beschuldigte bei einer respektvollen Gesprächsführung häufig von selbst Situationen schildern, die zwar nicht strafrechtlich relevant sind, jedoch ein deutlich grenzüberschreitendes Verhalten offenbaren. Teilweise konnten Informationen, die Beschuldigte in der ersten (noch unklaren) Verdachtsklärung gegeben hatten, im weiteren Fallverlauf besser eingeordnet werden (vgl. ebd.). Inwieweit diese Hinweise als empirisch belegt gelten können, ist unklar, weshalb mehr Erfahrungsberichte von Fachberatungsstellen und ASD-Fachkräften sehr wünschenswert wären.

Als grundlegende Voraussetzung für diese Art von Gespräch wird mit großer Einheitlichkeit in der Literatur der hergestellte Schutz des betroffenen Kindes bzw. der oder des Jugendlichen genannt, da sonst eine nachfolgende Einflussnahme der tatverdächtigen Person auf das Mädchen oder den Jungen und ggf. eine weitere Schädigung des Kindes wahrscheinlich ist (ebd. oder auch Bange 2015). Nicht vergessen werden dürfen an dieser Stelle die Geschwisterkinder des betroffenen Kindes, auch wenn bei diesen (noch⁷) kein Verdacht vorliegt (vgl. Bange 2015).

Der Einbezug nicht tatverdächtiger Elternteile wird in der Literatur sehr kontrovers diskutiert. In einer Übersicht zur Diskussion stellt Bange (2015) dar, dass auf der einen Seite ohne Einbezug der Eltern zum Beispiel Alternativhypothesen möglicherweise nicht ausreichend geprüft werden können. Auf der anderen Seite können aber bei einem Einbezug auch nicht missbrauchender Elternteile, die durch die innerfamiliären Dynamiken eines Missbrauchs(-Verdachts) beeinflusst sind, betroffene Kinder und Jugendliche unter Druck gesetzt werden (ebd.). Das kann ein weiteres Schutzhandeln unmöglich machen, wenn sich die Verdachtsabklärung ausschließlich auf Angaben betroffener Kinder bzw. Jugendlicher stützt. Unterstaller (2006) weist zudem darauf hin, dass in vielen Fällen zu Beginn unklar ist, wer tatsächlich den Missbrauch verübt hat bzw. ob (falls vorhanden) beide Elternteile das Kind missbraucht haben. Einen möglichen Ausweg bieten hier Gespräche, bei denen zunächst sehr allgemein Sorgen im Hinblick auf ein Kind formuliert werden und Raum gegeben wird, ob der Elternteil selbst Befürchtungen im Hinblick auf einen erfolgten sexuellen Missbrauch äußert. Auch für diesen Typ von Gespräch wird jedoch empfohlen, dass vorab mit dem Kind bzw. der oder dem Jugendlichen gesprochen wird und ein Notfallplan für den Fall einer eskalierenden Gesprächssituation vorbereitet wird.

Sonstige, in der Literatur allgemein für Gefährdungsabklärungen genannte Aspekte bei der Einbeziehung der Eltern, wie eine gemeinsame kooperative Klärung der Situation und der Problemsichten (z. B. LVR 2015) oder eine Analyse der Erziehungsfähigkeit (z. B. Kindler 2007) sind, soweit ersichtlich, nicht auf ihre Nützlichkeit für die Verdachtsklärung bei innerfamiliärem Missbrauch er-

⁷ Witte (2018) geht nach Zusammenschau mehrerer Studien von Betroffenheiten zwischen 22 und 50 % bei Geschwisterkindern aus (vgl. ebd.).

forscht. Risiken ergeben sich jedoch, wie erwähnt, aus der Gefahr verstärkter Schweigegebote.

Vor allem zum Thema von Hausbesuchen wurde in den vergangenen Jahren – insgesamt bezogen auf Kindeswohlgefährdungen – diskutiert. So beschreiben Urban-Stahl, Albrecht und Gross-Lattwein (2018) in ihrer Analyse, dass klare und nachvollziehbare Gründe dafür vorhanden sein müssen, keinen Hausbesuch durchzuführen. Obwohl 44 % der Jugendämter einen Hausbesuch „immer“ und 31 % „in der Regel“ vorsehen, wenn gewichtige Anhaltspunkte vorliegen (ebd., S. 40), wird hier nicht auf die oben benannte gesetzliche Ausnahme⁸ bei Verdacht auf innerfamiliären Missbrauch Bezug genommen. Allerdings wird festgehalten, es gebe keine „pauschale Verpflichtung zum Hausbesuch“ (ebd., S. 41), da stets auch individuelle Gefährdungslagen einzubeziehen seien. Ein Entscheidungsspielraum, der sich ggf. auf Verdachtsklärungen auswirken kann, betrifft die Frage nach dem Ort einer Inaugenscheinnahme bzw. eines Gesprächs mit Kindern bzw. Jugendlichen. Hier besteht auch die Möglichkeit eines Gesprächs an einem eher neutralen, für ein Kind jedoch vertrauten Ort (z. B. in Kita oder Schule, ebd.). Dieser Spielraum scheint im Hinblick auf die benannten Strategien der Täterin oder des Täters und eine mögliche Einflussnahme auf das betroffene Kind bzw. die Jugendliche oder den Jugendlichen sinnvoll und sollte genutzt werden.

Exploration von Kindern

Was hingegen fast durchgängig als grundlegendes Element in der Verdachtsabklärung benannt wird, ist das Gespräch mit (möglicherweise) betroffenen Kindern und Jugendlichen.

Doch so wichtig dieser Schritt im Fallverlauf ist, so verunsichernd ist er sicherlich für einige Fachkräfte, wird doch sowohl in der Praxis als auch in der Literatur deutlich, welche Problemstellungen und Risiken sich hier ergeben können. So beschreibt beispielsweise Kindler (2012), dass die Abklärung eines Verdachts auf sexuellen Missbrauch häufig nur durch Angaben der betroffenen Kinder und Jugendlichen vorangebracht werden kann, da in den meisten Fällen ansonsten lediglich unspezifische Hinweise vorliegen. Allerdings darf hierbei das Risiko einer (in ihren Wirkungen nicht rückholbaren) Suggestion nicht unterschätzt werden, sodass Explorationen von Kindern zu im Raum stehenden Belastungserlebnissen als eigenständige fachliche Aufgabe sehr ernst zu nehmen sind.

Suggestion stellt ein immer wieder benanntes Problem dar. Wichtig scheint hier zunächst die Erwartungshaltung der befragenden Fachkraft als grundlegender suggestiver Einfluss: In einem (häufig lang andauernden) Prozess der Verdachtsabklärung kann es passieren, dass die Fachkraft die innere Erwartung hat, einen

8 Gemeint ist hier der § 8a Abs. 1 SGB VIII: „Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen.“

sexuellen Missbrauch „aufzudecken“, was unbeabsichtigt zu einer Verstärkung bestimmter Aussagen oder Handlungen des befragten Kindes oder zu deren falscher Deutung führen kann (vgl. Volbert 2015). Aus diesem Grund scheint es überaus wichtig, sich immer wieder auf den offenen Gesprächsausgang zu besinnen und, wie oben beschrieben, die erstellten Alternativhypothesen nicht aus den Augen zu verlieren.

Um einer Suggestion oder anderen verfälschenden Einflüssen entgegenzuwirken, werden in der Literatur einige hilfreiche Vorgehensweisen beschrieben. Die Basis bietet bereits die Gesprächsatmosphäre; Deegener (2004a) nennt dies das „Explorationsklima“. So soll in dieser Situation ein respektvoller und partnerschaftlicher Umgang spürbar werden. Dies wird beispielsweise möglich, indem vermeintlich unwahrscheinliche Situationen oder „Lächerliches“ ernst genommen werden (für eine umfassendere Aufzählung siehe ebd.). Er betont darüber hinaus die Bedeutung einer Fähigkeit der Fachkraft, auf unterschiedlichste Kinder mit ihren Bedarfen einzugehen – unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft oder sprachlichen Fähigkeiten (ebd.). Manche von sexuellem Missbrauch betroffene Kinder können sich nur über mehrere Gespräche hinweg öffnen oder müssten große Ängste überwinden. In anderen Fällen wird von Kindern, auch bei vorhandenen Videoaufnahmen, ein Missbrauch bestritten. Keinesfalls darf dann Druck ausgeübt werden. Auch weil im Regelfall ja nicht bekannt ist, ob ein sexueller Missbrauch vorliegt und Druck falsche Angaben begünstigen kann. Wichtig ist dann vielmehr, das Vertrauen in die Ansprechbarkeit und Zugewandtheit der Fachkräfte zu stärken.

In den Erkenntnissen zur Gesprächsführung scheint weitestgehend Einigkeit darüber zu bestehen, dass offene und nichtleitende Fragen die Regel sein sollten und Priorität vor anderen Frageformen haben (vgl. hierzu z. B. Deegener 2004a oder Kindler 2007). Kindler (2012) benennt dazu in der Zusammenschau bisheriger Befunde eine „Phase freien Berichts“ (ebd.) als zentral, um den Kindern und Jugendlichen eine möglichst selbstgesteuerte Erzählung zu ermöglichen. Erst nach dem freien Bericht sei es sinnvoll, häufig zunächst vorhandene Lücken oder Widersprüche im Gespräch zu klären. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass es nicht Aufgabe der Fachkräfte im Jugendamt ist, Missbrauchserfahrungen im Detail und umfassend zu erheben. Für Schutzmaßnahmen ist es ausreichend, wenn Fachkräfte auf der Grundlage einer nachvollziehbaren und bei größeren Lücken ergänzbaren Schilderung zu der Überzeugung gelangen würden, ein Kind habe Missbrauch erfahren und Schutzmaßnahmen seien zur Verhinderung weiterer Schädigungen notwendig.

Deutlich wurde ebenfalls immer wieder, dass im Verhältnis zu einer betont neutralen oder gar kritischen Haltung eine freundliche, zugewandte Haltung der befragenden Person bzw. die Berücksichtigung einer positiven Beziehungsebene zu mehr belastbaren Informationen führt, was dem zum oben genannten „Explora-

tionsklima“ entspricht (vgl. ebd. oder Noeker/Franke 2018). Dies bedeutet nicht, dass Fachkräfte zielgerichtet Angaben von Kindern zu Missbrauchserfahrungen durch Nicken oder Lob bestärken, sondern dass Kindern in jedem Fall mit Zeit, Aufmerksamkeit und Interesse begegnet wird und jedem Kind, unabhängig von eventuellen Angaben über Missbrauchserfahrungen, gedankt wird. Was dagegen immer wieder kritisch gesehen wird und ggf. sogar schädigende Effekte haben kann, sind Befragungshilfen oder ein spielerisches Setting (vgl. Kindler 2012). So waren in den vergangenen Jahren beispielsweise immer wieder unterstützende Möglichkeiten wie Kinderzeichnungen oder anatomisch korrekte Puppen im Gespräch.

Weber (2015) stellte hier in der Zusammenschau der bisherigen Kenntnisse fest, dass die meisten „Hilfsmittel“ kritisch zu sehen sind. So sind z. B. Kinderzeichnungen und Handpuppen⁹ zwar ggf. dazu geeignet, den Gesprächseinstieg für das betroffene Kind zu erleichtern, dürfen aber nicht als Beweis für einen erlebten sexuellen Missbrauch interpretiert werden¹⁰. Auf projektive Techniken, wie z. B. Formdeutungsverfahren, Bilder- oder Spieltechniken, sollte verzichtet werden, da so erlangte Ergebnisse nicht interpretiert werden können (vgl. ebd. oder Deegen 2004b). Allerdings finden entsprechende Vorgehensweisen im ASD ohnehin kaum Anwendung, sondern sind, wenn, dann eher in der therapeutischen Praxis anzutreffen.

Es wird deutlich, dass das Gespräch mit den möglicherweise betroffenen Kindern und Jugendlichen als grundlegend angesehen wird. Dabei sollte beachtet werden, dass in einem Großteil der Literatur Einigkeit darüber besteht, dass betroffene Mädchen und Jungen von möglichst wenigen unterschiedlichen und besonders qualifizierten Personen befragt werden sollten. Dies hat in der Vergangenheit immer wieder zu Diskussionen darüber geführt, ob ASD-Fachkräfte von Gesprächen mit Kindern über im Raum stehende Missbrauchserfahrungen absehen sollten. Dies kann im Einzelfall, etwa bei einer ohnehin anstehenden Begutachtung möglich sein. Im Regelfall müssen Jugendämter aber bereits zu einem frühen Zeitpunkt über Schutzmaßnahmen entscheiden, lange bevor Befragungen durch besonders qualifizierte Sachverständige möglich sind. Daher ist es ein Ziel, in den Allgemeinen Sozialen Diensten hierfür ausreichend qualifizierte Personen vorzuhalten. Resultierende Befragungen sollten darüber hinaus nicht von derselben Person durchgeführt werden, die das Mädchen bzw. den Jungen Beraterisch oder therapeutisch begleitet (vgl. Bange 2015).

Einen möglichen Aufbau für derartige Gespräche benennt Kindler (2007) nach Vergleich unterschiedlicher internationaler Studien folgendermaßen: Den Beginn bildet eine Phase zur Information des Kindes zum Befragungsrahmen. Darauf folgt eine Phase, in der durch einen freien Bericht über neutrale Erfahrungen Eindrücke zu den (kognitiven, sprachlichen, ...) Fähigkeiten des betroffenen Mädchens oder Jungen gesammelt werden können. Die Phase zur Informations-

9 In Abgrenzung zu anatomisch korrekten Puppen, die seit längerem stark in der Kritik stehen und bei denen immer wieder ein hohes Suggestionspotenzial diskutiert wird (vgl. Weber 2015).

10 Er verweist hier zusätzlich auf das BGH-Urteil von 2000 (BGH1StR 618/98), demzufolge Kinderzeichnungen (ebenso wie das Spiel mit anatomisch korrekten Puppen) keine Bedeutung im Rahmen eines Gutachtens haben.

sammlung zum bestehenden Verdacht sollte durch einen möglichst freien Bericht der oder des Betroffenen geprägt sein. In den nächsten Schritten sollten vorhandene Lücken oder Widersprüche in den berichteten Erfahrungen im Gespräch geklärt werden, eventuell vorhandene Wünsche oder Lösungsideen des Kindes erfragt werden und ein Gesprächsausklang mit einem Übergang zu nicht mehr belastenden Themen ermöglicht werden (ebd.).

Der Empfehlung eines strukturierten Ablaufs genügt auch das evaluierte und für Deutschland revidierte sogenannte „NICHD-Protokoll“ (Noeker/Franke 2018), das ebenfalls mit einem oben bereits benannten Kontaktaufbau beginnt. Neben der Schaffung einer positiven Beziehungsebene (s. o.) wird dabei auch der Rahmen mit dem Kind bzw. der oder dem Jugendlichen besprochen (ebd.). Auch der weitere Ablauf entspricht grob dem bereits geschilderten Vorgehen, nur enthält das revidierte NICHD-Protokoll aufgrund seiner Herkunft aus dem forensischen Kontext keine Exploration des Kindes zu seinen eventuell vorhandenen Vorstellungen zu Schutz und Hilfe. Das revidierte NICHD-Protokoll zeigte in der Evaluation nicht nur insgesamt, dass sich viele Kinder in diesem Rahmen öffnen und belastbare Angaben machen können. Vielmehr konnte in einer Studie (evaluiert: 200 Interviews) auch belegt werden, dass ein größerer Einsatz befragender Personen hinsichtlich eines positiven Beziehungsaufbaus mit einer höheren Aussagebereitschaft der Kinder, aber nicht mehr Falschbeschuldigungen, einherging (Noeker/Franke 2018).

Es wird also deutlich, dass bereits einige Erkenntnisse zur Befragung von betroffenen Kindern und Jugendlichen vorliegen – einige Punkte bleiben allerdings noch offen. So stellt beispielsweise Kindler (2012) fest, dass noch keine gute Lösung vorliege, wie Kindern und Jugendlichen am Anfang eines Gesprächs Ziel und Zweck der Befragung erklärt werden können, ohne sie zu beeinflussen oder negative Gefühle zu schüren (vgl. ebd.). Auch die Fokussierung auf das verbale Gespräch mit Kindern und Jugendlichen führt zu einigen offenen Fragen: So liegen noch keine umfassenden Erkenntnisse darüber vor, wie sich die bisher geführte Forschung und die Verfahren auf Kinder, die z. B. aufgrund einer Behinderung non- oder paraverbal kommunizieren, anwenden lassen oder welchen Einfluss Sprachmittlerinnen bzw. Sprachmittler auf solche Gespräche haben, wenn die befragende und die befragte Person nicht dieselbe Muttersprache haben.¹¹

Das „Ende“ des Verdachts?

Die Verdachtsklärung „endet“ auf unterschiedlichen Wegen. So kann sie dazu führen, dass der Verdacht entkräftet wird – dies ist z. B. der Fall, wenn sich die gestellten Alternativhypothesen verfestigen oder der anfängliche Verdacht nicht konkretisiert

11 Hier könnte ggf. auf die „Kriterien für Dolmetscher- und Übersetzungsarbeit“ von AMYNA e. V. zurückgegriffen werden (https://amyna.de/wp/wp-content/uploads/Kriterien_DolmetscherInnen.pdf (23.04.2019)). Diese nehmen direkt auf die Arbeit mit von sexuellem Missbrauch betroffenen Kindern Bezug, sind allerdings nicht evaluiert und basieren auf dem Erfahrungswissen eines Fachkreises.

werden kann. Bestätigt sich der Verdacht, sind (spätestens zu diesem Zeitpunkt) geeignete Schutz- und Hilfemaßnahmen zu ergreifen. Allerdings zeigt die Praxis, dass in vielen Fällen ein Verdacht weder vollständig entkräftet noch bestätigt werden kann. In diesen Fällen kann es sein, dass auch die Grenzen der Mitarbeitenden des Jugendamtes erreicht sind und lediglich geprüft werden kann, ob das Kind bzw. die oder der Jugendliche durch anders begründete Hilfemaßnahmen unterstützt werden kann (vgl. Unterstaller 2006). Fachkräfte sollten sich daher nicht selbst unter Druck setzen, indem sie die Bereitschaft eines Kindes, Angaben über Missbrauchserfahrungen zu machen, als „Erfolgskriterium“ verwenden. „Erfolgskriterium“ ist vielmehr, ob Vorgehensweisen bei der Verdachtsklärung und Gesprächsangebote fachlich gestaltet wurden. Dies verhindert Falschbeschuldigungen. Zudem öffnen sich manche von Missbrauch betroffene Kinder bzw. Jugendliche, die in einem ersten 8a-Verfahren noch keine Angaben machen konnten, zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Fachkräfte als zugewandt, aber nicht übermäßig drängend erlebt wurden.

2.2 Analyse des Forschungsstands in Bezug auf Durchführung und Wirkung von Unterstützungsmaßnahmen im Hilfeverlauf inkl. Bewertung

2.2.1 Hilfen für Familien

Spätestens das Ende der Verdachtsklärung ist häufig der Anfang von Hilfemaßnahmen. Das Kinder- und Jugendhilferecht hält dazu einen ganzen Katalog an Möglichkeiten vor. Laut Linke (2018) zählen die Familien- und Erziehungsberatung (§ 28 SGB VIII), die Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 SGB VIII), die als aufsuchende Hilfe direkt in Familien arbeitet, und stationäre Hilfen (§ 34 SGB VIII) zu den drei Schwerpunkten der Hilfen zur Erziehung. In allen Hilfeformen kann sexueller Missbrauch auf verschiedene Weise zum Arbeitsthema werden (vgl. Linke 2018). Als eine mögliche Gefährdungslage für Kinder und Jugendliche ist sexueller Missbrauch hier keine neue Diskussion. Bereits in den 1990er-Jahren entwickelte Conen Handlungsansätze für die Sozialpädagogische Familienhilfe. Auch Hartwig und Hensen haben Möglichkeiten und Grenzen sozialpädagogischen Handelns im Kontext sexuellen Missbrauchs beschrieben (vgl. ebd.). Inwieweit diese Ansätze im speziellen Szenario des innerfamiliären sexuellen Missbrauchs tragfähig sind, ist noch eine offene Forschungsfrage, die benann-

ten Handlungsansätze differenzieren ihre Erkenntnisse noch nicht dahingehend, wo der Missbrauch stattgefunden hat.

Als Inhaberinnen bzw. Inhaber der elterlichen Sorge sind Eltern zentrale Adressatinnen und Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe. Gerber und Lillig (2018) weisen in ihrer Fallanalyse von problematischen Kinderschutzverläufen darauf hin, dass die Fähigkeiten und Grenzen von Eltern ein zentrales Kriterium bei der Beurteilung sind, ob ein Kind als gefährdet einzuschätzen ist. Nicht sorgeberechtigte Personen werden dabei sowohl bei der Gefährdungseinschätzung als auch im Verlauf von Hilfe häufig nicht oder nur am Rande beteiligt oder in die Verantwortung genommen. Gerade mit Blick auf innerfamiliären sexuellen Missbrauch ist dies problematisch. Nicht sorgeberechtigte Personen, die aber unterstützende und vertraute Bezugspersonen eines Kindes geworden sind, können eine wichtige Stütze für betroffene Mädchen und Jungen sein. Bange (2018) führt dazu aus, dass es für die Bewältigung von Missbrauchserfahrungen einen enormen Unterschied ausmachen kann, ob beispielsweise Großeltern oder enge Freundinnen bzw. Freunde unterstützen oder nicht. Dies kann eine wichtige Quelle der Stabilisierung sein, um Mädchen und Jungen zu helfen und somit ihren Schutz zu verbessern. Soweit unterstützende Beziehungen im sozialen Umfeld vorhanden sind bzw. eine positive Verwurzelung im Sozialraum gegeben ist, stellt – im Einklang mit Forderungen der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ 2018) – die Öffnung von Hilfen zur Erziehung für die Lebenswelt einen Qualitätsaspekt dar.

Der „Monitor Hilfen zur Erziehung 2018“ (vgl. Fendrich/Pothmann/Tabel 2019) weist darauf hin, dass die personellen Ressourcen in den Hilfen zur Erziehung in den letzten Jahren noch einmal spürbar zugenommen haben. Dies bedeutet aber leider nicht, dass es eine intensivere Auswertung von Erfahrungen mit verschiedenen Hilfekonzepten nach innerfamiliärem sexuellen Missbrauch gegeben hätte. Jenseits der Unsicherheiten, die sich aus dem Einzelfallbezug von Hilfekonzepten ohnehin ergeben, befinden sich Jugendämter daher in einer Suchbewegung im Hinblick auf geeignete Konzepte. In der Literatur vorfindbare Überlegungen und Wirkungsbefunde, die aber noch viele Fragen offenlassen, werden im nachfolgenden Abschnitt zusammengetragen.

2.2.2 Erkenntnisse zur Wirkung von Hilfemaßnahmen

Innerfamiliärer Missbrauch ist als schwere, zugleich aber auch vielfältige Form der sexuellen Gewalt gegen Kinder zu beurteilen (Zimmermann 2010). Zugleich unterscheiden sich familiäre Kontexte, Folgen und Verarbeitungsweisen betroffener Kinder und Jugendlicher. Daher gibt es nicht das Fallszenario und dementsprechend auch nicht die Hilfemaßnahme. Mit dem Verfahren der Hil-

feplanung ist die Kinder- und Jugendhilfe gut darauf vorbereitet, im Einzelfall zu beurteilen und mit den Familien zu besprechen, welche Maßnahmen und Hilfen geeignet sind (siehe auch die Ausführungen zu Auswirkungen von sexuellem Missbrauch in dieser Expertise). Da individuell ausgestaltete Hilfskonzepte schwer vergleichbar sind, ist es allerdings auch schwierig, aus der Fallerfahrung Wissen über die Wirksamkeit verschiedener Elemente von Hilfskonzepten zu gewinnen, weshalb Befunde aus der Wirkungsforschung von besonderem Nutzen sein können.

Kindler und Schmidt-Ndasi (2010) halten in ihrer Expertise zunächst einmal grundsätzlich fest, dass die Wirkung von Intervention wesentlich davon abhängt, ob betroffene Kinder und Familien überhaupt Zugang zu Schutz und Hilfesystemen erhalten. Die Wirkung von Hilfen ist also auch wesentlich eine Frage der Versorgungsqualität. In einer in Deutschland groß angelegten Studie zu den Folgen mitgeteilter Missbrauchserlebnisse stellen Stiller und Hellmann (2017) fest, dass die große Mehrzahl betroffener Kinder und Jugendlicher keinen Zugang zu Hilfsangeboten fand. Umso dringlicher ist es, immer wieder Fragen nach der Zugänglichkeit von Beratung und Hilfe im Hinblick auf sexuellen Missbrauch zu stellen. Nachdem sich bei innerfamiliärem sexuellen Missbrauch vermutlich nur eine Minderheit betroffener Minderjähriger als Selbstmeldende direkt an das Jugendamt wendet, geht es auch um eine Verbesserung der Zugangswege für alle Helfenden im Umkreis der betroffenen Kinder. Zudem mischen sich hier generelle und spezifisch für sexuellen Missbrauch zu stellende Fragen:

- Wie niedrigschwellig sind unsere Zugangswege? In vielen Köpfen wird das Jugendamt als Eingriffsbehörde verstanden. Daher ist immer wieder zu fragen, wie intensiv lokal in die öffentliche Darstellung des vorrangigen Hilfeauftrags der Kinder- und Jugendhilfe investiert wird. Zudem stellen sich viele praktische Fragen (z.B. In wie vielen Sprachen kann eine Erstberatung am Telefon erfolgen? Wie gut sind fallzuständige Fachkräfte erreichbar? Wie werden Kinder, Jugendliche oder Eltern mit Beeinträchtigungen erreicht? Wie intensiv wird in den Kontaktaufbau zu Netzwerken von Familien mit bestimmten Migrationshintergründen investiert, etwa Menschen mit Fluchthintergrund, die vielleicht sehr hohe Vorbehalte gegenüber Behörden haben?)
- Wie vernetzt und informiert sind die Fachkräfte des Jugendamts über Fachberatungsstellen oder spezialisierte Beratungsfachkräfte in anderen Beratungsstellen, an die weitervermittelt werden kann?
- Wie regelmäßig wird umgekehrt die Kooperation mit anderen Stellen, bei denen ggf. Hinweise auf den sexuellen Missbrauch eines Kindes auffallen und die dann ans Jugendamt verweisen könnten, ausgewertet und gepflegt?

Bange (2018) weist in seinen Ausführungen darauf hin, dass nicht missbrauchende Elternteile empirisch belegbar sehr wichtig für den Bewältigungsprozess ihrer

Töchter und Söhne sind. Da diese Gruppe von Eltern nach einem bekannt gewordenen sexuellen Missbrauch aber selbst häufig sehr belastet und verunsichert reagiert, benötigen auch sie ein spezialisiertes Beratungsangebot, um ihre Erziehungskompetenz zu stärken. Lokal ist daher zu klären, welche Beratungsstellen bzw. Träger ambulanter Hilfen ein entsprechendes Angebot unterbreiten können, da betroffene Eltern ihren Bedarf häufig zunächst nicht sehr klar artikulieren können. Wichtig scheint es dabei, Eltern auf den Umgang mit den möglichen Symptomen ihrer Kinder vorzubereiten und sie zu befähigen, nicht nur emotional unterstützend zu reagieren, sondern auch Bemühungen von Kindern, Missbrauchserlebnisse zu begreifen und einzuordnen, zu unterstützen (ebd.). Bange (2018) weist zudem darauf hin, dass manche Eltern Handlungsstrategien brauchen, wie sie bei aggressiven oder sexuell auffälligen Verhaltensweisen ihrer Kinder nach Missbrauchserfahrungen reagieren. Des Weiteren sollten Eltern darin bestärkt werden, für ihr Kind gerade in belastenden Situationen eine beständige Tagesstruktur zu schaffen, um sie in liebevoller Weise beruhigen und trösten zu können. Mit Blick auf Erkenntnisse zur Überlappung verschiedener Formen von Kindeswohlgefährdung kann es sein, dass nichtmissbrauchende Elternteile mit diesen Aufgaben überfordert sind und eine vorübergehende Platzierung eines Kindes im therapeutischen Milieu einer geeigneten stationären Einrichtung erwogen werden muss. Folgende Fragen sind ggf. im Vorfeld von Abwägungen über einzuleitende ambulante Hilfen zur Erziehung im Einzelfall hilfreich, um überhaupt ein geeignetes Angebot vorzuhalten:

- Welche Träger ambulanter Hilfe bzw. Fachkräfte sind darauf vorbereitet, Grundlagenwissen zu Symptomen und Bewältigungsreaktionen nach sexuellem Missbrauch an Eltern zu vermitteln?
- Welche Träger ambulanter Hilfe bzw. Fachkräfte sind darauf vorbereitet, Krisenreaktionen bei Eltern qualifiziert aufzufangen und grundlegend wichtige Handlungsstrategien mit Eltern einzuüben, um betroffenen Mädchen und Jungen zu begegnen?
- Welche Träger ambulanter Hilfe bzw. Fachkräfte arbeiten netzwerkorientiert und sind bereit, Beziehungen betroffener Kinder zu unterstützenden, nicht sorgeberechtigten Vertrauenspersonen des Kindes zu fördern? Welche Träger stationärer Hilfe sind darauf vorbereitet, Kindern nach sexuellem Missbrauch ein traumasensibles und therapeutisches Umfeld zu bieten, das Bewältigung unterstützt?

Kindler und Schmidt-Ndasi (2010) weisen darauf hin, dass Hilfen für nicht missbrauchende Elternteile bzw. Bezugspersonen zum Teil indirekt wirken. Nicht missbrauchende Elternteile werden bei der Bewältigung ihrer eigenen Krisensituation unterstützt, und das betroffene Kind erhält dadurch mittelbar ebenfalls Hilfe. Kinder machen ihr eigenes Verhalten teilweise von der Belastung der Eltern abhängig. Sie erzählen von Missbrauchserfahrungen oder besonders belastenden Details häufig

nur dann, wenn sie das Gefühl haben, ihre Bezugspersonen können dies auch verkraften (vgl. ebd.).

Die Kinder- und Jugendhilfe ist also gut beraten, Krisenangebote für nicht missbrauchende Elternteile vorzuhalten, sowie Angebote, die Eltern helfen, Kindern mit Missbrauchserfahrungen im Alltag Struktur zu vermitteln und Bewältigung zu fördern. Nötig sind zudem Angebote, die Grundinformationen zu möglichen Symptomen nach sexuellem Missbrauch vermitteln und in geeigneten Fällen die Kontaktaufnahme zu therapeutischen Angeboten im Gesundheitswesen unterstützen. Dabei gilt es zu beachten, dass Eltern immer auch auf die Individualität der Fallverläufe hingewiesen werden. Kein Kind gleicht dem anderen, und so sind Unterstützungsmaßnahmen auch immer wieder auf die individuellen Bedarfe des betroffenen Mädchens oder Jungen hin auszurichten.

Im Rahmen der Recherche zu dieser Expertise wurden leider keine Erkenntnisse darüber gewonnen, inwieweit Hilfemaßnahmen bei innerfamiliärem sexuellem Missbrauch systemische Ansätze einbeziehen. Ebenfalls bleibt die Frage offen, ob und wie Rückführungen nach Fremdunterbringung infolge innerfamiliären Missbrauchs gestaltet werden können. Auch zum eventuellen Ineinandergreifen von Hilfen zur Erziehung, familiengerichtlichen Umgangsverfahren und Therapien für Täterinnen oder Täter konnten keine wissenschaftlichen Erkenntnisse erlangt werden.

Neben den beschriebenen „klassischen“ Hilfen zur Erziehung gibt es auch noch andere Hilfemaßnahmen wie beispielsweise Teilhabeleistungen entsprechend § 35a SGB VIII, wenn die soziale Teilhabe von Kindern mit Missbrauchserfahrungen bedroht ist. Besonders psychotherapeutischen Angeboten kommt noch eine große Bedeutung zu, weshalb Fragen der Vernetzung zwischen Jugendämtern und kinder- bzw. jugendtherapeutischen Praxen sowie Kliniken von großer Relevanz für gelingende Hilfen nach sexuellem Missbrauch sind.

In ihrer Expertise zur Wirksamkeit von Maßnahmen zur Prävention und Intervention im Fall sexueller Gewalt gegen Kinder verweisen Kindler und Schmidt-Ndasi (2010) auf verschiedene Meta-Analysen und narrative Übersichtsarbeiten, die die Wirkungen von Psychotherapien bei sexuell missbrauchten Kindern und Jugendlichen analysiert haben. Es bestätigte sich die Wirksamkeit vor allem von traumafokussierter Psychotherapie, d. h., es zeigte sich ein im Mittel starker Effekt in Hinsicht auf eine Reduzierung von Belastungssymptomen. Zwar wird sexueller Missbrauch in der Regel als schwerwiegende Belastung empfunden, aber natürlich bilden nicht alle betroffenen Kinder behandlungsbedürftige Symptome aus oder sind bereit, sich auf eine psychotherapeutische Behandlung oder Begleitung einzulassen. Nachdem aber in vergangenen Jahren mehrere Studien gezeigt haben, dass psychisch stark belastete Kinder mit Missbrauchserfahrungen überwie-

gend nicht therapeutisch angebunden sind (Pawils u. a. 2017), ist es erforderlich, diesen Aspekt der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit sehr viel stärker in den Blick zu nehmen.

2.2.3 Entscheidungskriterien für die Auswahl der zur Verfügung gestellten Hilfemaßnahmen

Durch Gesetze und Verfahrensvorschriften, vor allem den § 36 SGB VIII, ist für die zuständigen Fachkräfte der Jugendämter ein Handlungsrahmen definiert, welche Handlungsschritte und schließlich auch welche Hilfemaßnahmen eingeleitet werden. Der Handlungsrahmen ist eingebettet in rechtliche, gesellschaftliche und individuelle Erwartungshorizonte. Dieses komplexe Zusammenspiel erfordert von den zuständigen Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe eine hohe Kompetenz, mit Bewertungs- und Handlungsunsicherheiten umzugehen (vgl. LWL-Landesjugendamt Westfalen 2013).

Gerber und Lillig (2018) kommen in ihrer Fallanalyse zu Kinderschutzverläufen zu dem Schluss, dass die Fachkräfte bei der Beurteilung, ob eine Hilfe geeignet ist, vor allem Aspekte wie die (schnelle) Verfügbarkeit, die Akzeptanz durch die Eltern sowie den zu erwartenden Schutz vor akuten Gefahren für Leib und Leben des Kindes in den Vordergrund stellen. Inwieweit dies im speziellen Fall des innerfamiliären sexuellen Missbrauchs ebenfalls gilt, bedarf der Prüfung und Reflexion. Wissenschaftliche Erkenntnisse zum Prozess der Hilfgewährung und in diesem Falle ausschlaggebenden Entscheidungskriterien scheinen bislang nicht vorzuliegen. Allerdings deuten die Befunde zu einer gravierenden therapeutischen Unterversorgung darauf hin, dass kindzentrierte und bereichsübergreifende Aspekte der Hilfeplanung vielfach gestärkt werden sollten.

Wissenschaftlich bislang nicht systematisierte Praxiserfahrungen zeigen zudem, dass die Entscheidungskriterien für Hilfemaßnahmen häufig durch eine eingeschränkte Auswahl belastet werden. So mag es vielleicht sinnvoll sein, für ein Kind mit einer körperlichen Behinderung die Aufnahme in eine Schutzstelle einzuleiten, wenn jedoch die Mitarbeitenden vor der Problematik stehen, dass es nur eine geringe Zahl barrierefreier Schutzstellen gibt, wird die Entscheidung eventuell durchaus von verfügbaren Kapazitäten beeinflusst.

Mit seiner Publikation „Wege aus dem Dunkelfeld“ beschreibt Mosser (2009) zudem deutlich, dass sexuell missbrauchte Jungen Schwierigkeiten nicht nur bei der Aufdeckung, sondern auch bei der Hilfesuche haben.

Eine flächendeckend gute Beratungs- und Hilfestruktur für betroffene Mädchen und Jungen scheint mit Blick auf die aktuelle Landschaft der Fachberatungsstellen bislang noch nicht erreicht (Kavemann/Nagel/Hertlein 2016).

2.3 Spezifische Erkenntnisse über Chancen und Herausforderungen zur Durchführung und Wirkung von Schutzkonzepten bei innerfamiliärem sexuellen Missbrauch

Ist die Gewährung einer Hilfe zur Erziehung geeignet und notwendig, um eine Kindeswohlgefährdung abzuwenden, beinhaltet der Hilfeplan nach den Empfehlungen der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände immer auch ein Schutz- und Kontrollkonzept (LVR 2015).

Auch wenn es nach wie vor keine anerkannte Definition des Begriffes Schutzkonzept im Kontext einer Kindeswohlgefährdung gibt (LWL-Landesjugendamt Westfalen 2013), lassen sich drei wesentliche Merkmale aus der fachlichen Diskussion herauskristallisieren, die ein Schutzkonzept kennzeichnen (ebd., S. 23):

1. „Ein Hilfekonzept (§ 36 SGB VIII), das dazu dient, die Erziehungssituation des Kindes oder Jugendlichen nachhaltig zu verbessern. (...)“
2. Ein Sicherheitskonzept, das zur kurzfristigen Sicherstellung des Kindeswohls (bzw. zur kurzfristigen Abwendung von Gefahren) dient. (...)“
3. Ein Kontrollkonzept, welches sicherstellt, dass die zum Schutz des Kindes/ Jugendlichen verabredeten Maßnahmen auch durchgeführt werden und im Sinne des Kinderschutzes greifen.“

Ziel ist es, dass Eltern und ASD durch die Vereinbarung eines Schutzkonzepts eine für Schutz und Hilfe notwendige Verbindlichkeit und Eindeutigkeit erreichen. Bislang liegen hierzu aber kaum empirische Erkenntnisse vor. In der quantitativen Untersuchung des Landesjugendamtes Westfalen zur Funktion und Wirkungsweise von Schutzkonzepten im Rahmen ambulanter Erziehungshilfe (2013) wird darauf hingewiesen, dass die betroffenen Familien oft von einem Druck oder Zwang berichten, die Hilfe anzunehmen. Auch wenn viele Familien im Nachhinein diese „Zwangshilfen“ als positiv beschreiben, ist eine echte Partizipation offensichtlich eingeschränkt. Inwieweit durch geeignete Vorgehensweisen mehr Partizipation und Zustimmung erreicht werden könnte, wurde bislang empirisch nicht ausgelotet. Nachdem ein Schutzkonzept das Ziel verfolgt, eine (drohende) Kindeswohlgefährdung abzuwenden, wird in der Veröffentlichung des Landesjugendamtes Westfalen (2013) darauf verwiesen, dass eine Information des Familiengerichts über die Vereinbarung eines Schutzkonzepts erfolgen sollte.

Damit wird die Tragweite der Vereinbarung zwischen ASD und Eltern deutlich. Sollte diese scheitern und sich an der Gefährdungssituation für das Kind nichts verändern, wäre der nächste Schritt die Anrufung des Familiengerichts mit dem Antrag auf Eingriff in die elterliche Sorge.

Mit Blick auf die Thematik des innerfamiliären sexuellen Missbrauchs gibt Bange in seinen Ausführungen (2018) Hinweise darauf, was ein Schutzkonzept in diesem Kontext beinhalten sollte. Thematisch geht es zunächst um alltagspraktische Dinge wie die Strukturierung des Tagesablaufes oder um Fragen zur Wohnsituation, also stabilisierende Maßnahmen. So haben Mütter beispielsweise, die bisher wegen der Kinder ihren Beruf aufgegeben oder in Teilzeit gearbeitet haben, oftmals finanzielle Probleme, wenn ihr Mann, der der Täter war, ausgezogen ist. Mütter, so Bange, klagen immer wieder darüber, dass solche Probleme vom Hilfesystem nicht ernst genug genommen werden. Manchmal ist es z. B. notwendig, die Wohnung zu verändern, wenn sie der Tatort war, oder es steht ein Umzug an, um nicht permanent an den sexuellen Missbrauch erinnert zu werden (ebd.). Diese Punkte gilt es auch bei der Entwicklung von Schutzkonzepten zu beachten. Stabilisierungsmaßnahmen in einer nicht förderlichen Umgebung können vermutlich nur schwer ihre ganze Kraft zum Schutz des Kindes entfalten. In seinen Ausführungen bezieht er sich auf den nicht missbrauchenden Elternteil.

Bange (2018) benennt sehr deutlich, dass nur eine klare Haltung gegenüber dem Täter oder der Täterin den Elternteilen ermöglicht, sich voll für ihre Kinder einzusetzen. Dies bedeutet, dass es wichtig ist, offen über eine mögliche Trennung vom Partner oder von der Partnerin zu sprechen. Da sexualisierte Gewalt in der Regel eine Wiederholungstat ist, ist das Kind ohne eine klare Kontaktunterbrechung zu missbrauchenden Personen nicht geschützt. Die Klärung dieser Frage ist im Sinne des Sicherheitskonzepts eine der zentralen Säulen.

Die Fragestellungen zur Ausgestaltung von Schutzkonzepten nach sexuellem Missbrauch sind sicherlich noch vielseitig zu ergänzen. Kontrollfragen sollten auch immer den Entwicklungsstand des Kindes im Blick behalten und so formuliert sein, dass diese im Rahmen eines Kontrollkonzepts, beispielsweise durch einen unangekündigten Hausbesuch, überprüft werden können.

Damit ein Schutzkonzept funktioniert, ist es wichtig, dass dieses ganz alltagspraktische Dinge im Blick behält. Besonders mit Blick auf rituelle und organisierte Gewaltstrukturen gibt es Empfehlungen, dass Betroffene ein hohes Maß an Tagesstruktur und Stabilisierung brauchen. Möglicherweise sind grundsätzliche Sicherheitsfragen in diesen Konstellationen besonders entscheidend, um das Wohl der Kinder bzw. Jugendlichen sicherstellen zu können. Für diese speziellen Formen innerfamiliärer sexueller Gewalt fehlt es jedoch noch an fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Im Gesamten gilt es zu beachten, dass der innerfamiliäre sexuelle Missbrauch eines Kindes durch den Partner oder die Partnerin beim nicht missbrauchenden Elternteil vielfach einen Schock auslöst. Er kann als eine existenzielle Bedrohung der Familie erlebt werden. Der nicht missbrauchende Elternteil fühlt sich häufig zutiefst verletzt und verraten. Die familialen Bewältigungsmöglichkeiten sind somit eingeschränkter als bei einem außerfamiliären sexuellen Missbrauch (Bange 2015). Diese Erkenntnis führt dazu, dass in einem Schutzkonzept auch immer Rückschläge einkalkuliert werden, da Interventionen bei sexualisierter Gewalt so gut wie nie geradlinig verlaufen (Bange 2018).

Das Landesjugendamt Westfalen (2013) weist in seiner qualitativen Untersuchung zur Funktion und Wirkweise von Schutzkonzepten im Rahmen ambulanter Erziehungshilfen darauf hin, dass in mehreren untersuchten Fällen die Gefährdungssituationen, die ein Schutzkonzept erforderten, im Kontext von Trennungs- und Scheidungskonflikten standen. „Hier besteht die Besonderheit für das Jugendamt u. a. darin, dass von dem Vater/der Mutter, die nicht mit dem Kind leben, die aber gerne die Kinder häufiger sehen würden oder das Sorgerecht für sich beantragen, Vorwürfe der Vernachlässigung und Misshandlung gegen den anderen Elternteil (in unserer Untersuchung war das immer die Mutter) erhoben werden. (...) Der ASD muss in diesen Fällen sorgfältig unterscheiden, ob er für einen Trennungs- und Scheidungskonflikt instrumentalisiert werden soll und ob solche Vorwürfe als substantielle Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung zu gewichten sind“ (ebd. 2013, S. 51)¹². Unter Umständen sind solche Multiproblemmkonstellationen auch häufig bei innerfamiliärem sexuellen Missbrauch zu finden.

Empfehlungen

3.1 Empfehlungen für notwendige Elemente der Gefährdungseinschätzung

In der Analyse wurde immer wieder deutlich, dass der Verdacht auf innerfamiliären sexuellen Missbrauch von großen Unsicherheiten und Unklarheiten, teilweise über einen längeren Zeitraum hinweg, begleitet wird. Mit Bezugnahme auf die Anhaltspunkte bzw. Hinweise auf einen sexuellen Missbrauch ist offensichtlich, dass einfach zu nutzende und zugleich ausreichend aussagekräftige Indikatoren regelhaft nicht vorhanden sind. Die wenigen Anhaltspunkte, die potenziell einen hohen Hinweiswert aufweisen, sind in der Praxis häufig nicht erreichbar oder nicht eindeutig ausgeprägt (z. B. liegt in den meisten Verdachtsfällen ein medizinischer Normalbefund vor, s. o.). Das bedeutet, dass Fachkräfte über aussagekräftige Anhaltspunkte gut Bescheid wissen müssen, zugleich aber mit Fällen rechnen müssen, in denen selbst bei einem qualifizierten fachlichen Vorgehen keine Verdachtsklärung erreicht werden kann und Schutzmaßnahmen nicht durchgesetzt werden können.

Um trotzdem in einer von so vielen Unklarheiten begleiteten Situation mehr Handlungssicherheit zu erlangen, scheint es sinnvoll, zumindest den Rahmen und die Verfahren festzulegen, um einen Mindeststandard an Qualität bei Verdachtsklärungen zu erreichen. Über die Frage, welche Qualitätsstandards oder -indikatoren (für eine Diskussion des Begriffs siehe Kindler 2013) hier gelten, besteht bundesweit noch keine Einigkeit. Als weitgehend konsensfähig gilt aber das Ziel einer weiteren „fachlichen Fundierung von Gefährdungseinschätzung und Hilfe- bzw. Schutzkonzepten“ (Kindler 2013, S. 59). Bezogen auf die Verdachtsklärung bei möglichem sexuellen Missbrauch bedeutet dies, dass „bei Fällen mit einem im Raum stehenden sexuellen Missbrauch die prinzipiell zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Verdachtsklärung angemessen genutzt und zusammenfassend abgewogen“ werden (ebd.).

Auch im Qualitätsrahmen „Kinderschutz“ des Instituts für Soziale Arbeit (ISA) (Althoff u. a. 2010, S. 31) wird bei sexualisierter Gewalt als Gefährdungslage folgender Punkt als Qualitätsmerkmal des Kinderschutzes eines Jugendamtes benannt: „Es gibt spezifische [sic!] Vorgehensweise, wenn sexuelle Gewalt gegen Kinder erkannt oder vermutet wird.“

Aus der Analyse des ausgewerteten Teils des aktuellen Forschungsstandes ergeben sich daher mehrere „Stellschrauben“, die im Rahmen einer solchen Qualitätssicherung angegangen werden könnten. Diese Aspekte bieten Anhaltspunkte, um die Gefährdungseinschätzung durch Mitarbeitende des Jugendamtes qualifiziert auszu-

gestalten. Da die Bewertung von den Jugendämtern selbst vorgenommen werden muss, werden hier nur Fragen gestellt, die ggf. noch weiterführend im Rahmen von Konzeptentwicklung behandelt werden können:

Klarer Rahmen für den Anfangsverdacht: Welche Standards gelten für die Aufnahme einer Gefährdungsmitteilung? Insbesondere, wie wird mit wenig konkreten Mitteilungen zu einem möglichen sexuellen Missbrauch umgegangen? Was muss sich am Verfahren ändern bzw. welche zusätzlichen Schritte müssen gegangen werden, wenn im Laufe der Gefährdungseinschätzung der Verdacht auf innerfamiliären Missbrauch aufkommt? Wie wird sichergestellt, dass ein sexueller Missbrauch als sehr schwierig bearbeitbare Gefährdungsform bei einem Anfangsverdacht auf andere Gefährdungslagen nicht „ausgeschlossen“ wird (s. o. „Überlappung“ von Gefährdungslagen)?

Nutzung aller Möglichkeiten zur Einschätzung des Verdachts: Welche Kooperationsmöglichkeiten bestehen im Verdachtsfall (spezialisierte Fachberatungsstellen, Kindergynäkologie, Psychotherapie, Forensik, ...)? In welchen Fällen müssen welche Stellen zu Rate gezogen werden? Wie regelmäßig werden bei möglichem sexuellen Missbrauch Fallkonferenzen durchgeführt, und welche Personen gehören immer oder in der Regel dazu? Wie gefestigt und fachlich qualifiziert ist das Bild von belastbaren Anhaltspunkten und möglichen ergänzenden Gesichtspunkten bei den Fachkräften im ASD? In welchem Rahmen und mit welchen personellen und zeitlichen Ressourcen werden Alternativhypothesen entwickelt und geprüft?

Einbezug der Kinder, Jugendlichen und deren Familienangehörigen: Welche Voraussetzungen bestehen für die Kontaktaufnahme zu (nicht) tatverdächtigen Eltern(teilen), wie z. B. die Herstellung des Schutzes des betroffenen Kindes bzw. der oder des Jugendlichen? Wer führt die Gespräche mit den Eltern (allein, zu zweit)? Wann werden diese Gespräche geführt? Welche Voraussetzungen bestehen für die Exploration potenziell betroffener Mädchen oder Jungen (Qualifikation, Schutz, Stabilität, ...)? Wie viele Fachkräfte im ASD und bei kooperierenden Einrichtungen sind für diese Gespräche qualifiziert (ASD-Mitarbeitende oder externe Fachstellen, die den Auftrag dazu erhalten)? Wie wird das mögliche Risiko von Geschwisterkindern berücksichtigt, auch wenn bei ihnen noch keine Hinweise dazu gegeben sind?

Implizite Einflüsse und Selbstreflexion: Welchen Rahmen gibt es für die Selbstreflexion im Hinblick auf eigene Haltungen, die eigene Biografie oder Vorurteile? Wie wird im Team der Dialog zu „(un)bewussten Bildern“ geführt, um eine vorurteilsbewusste Verdachtsabklärung zu gewährleisten? Welchen Rahmen gibt es für Einzel- oder Teamsupervision, um die Professionalität im Fallverlauf zu wahren?

3.2 Empfehlungen für erforderliche und notwendige Schutzmaßnahmen in der gelungenen Entwicklung von Schutzkonzepten

In einer Orientierungshilfe für Jugendämter hat der Landschaftsverband Rheinland (2015, S. 27) Gelingensfaktoren für Schutzkonzepte formuliert. Diese wurden auf Basis des Erfahrungswissens und des fachlichen Konsenses der Arbeitsgruppe beschrieben und sind bislang nicht evaluiert.

Im Folgenden werden einige dieser Faktoren beschrieben, und es wird versucht, diese für die besondere Situation des Schutzkonzepts bei innerfamiliärem sexuellen Missbrauch zu spezifizieren:

- „Gefährdungseinschätzung und Schutzkonzept müssen ineinandergreifen, indem sich die Schutzmaßnahmen auf die konkreten Gefährdungsmomente beziehen bzw. aus diesen ableiten“ (ebd.).

Vermutlich ist es, wie bereits im Verlauf dieser Expertise beschrieben, nicht ganz einfach, solche konkreten Gefährdungsmomente bei innerfamiliärem sexuellen Missbrauch zu beschreiben. Gegebenenfalls kann ein Gefährdungsmoment die mangelnde Privatsphäre der Kinder darstellen. Schutzmaßnahmen wie ein eigenes, abschließbares Zimmer könnten hier ansetzen. In anderen Fällen macht vielleicht eine emotionale Vernachlässigung Kinder für sexualisierte Beziehungsangebote anfällig oder im Zusammenhang mit dem Missbrauch ausgesprochene Drohungen wirken nach und schüchtern ein Kind ein. Entsprechend können elternbezogene Absprachen, die mehr emotionale Zuwendung enthalten, oder kindbezogene Maßnahmen, die das Selbstbewusstsein stärken, den Schutz verbessern.

- „Die Formulierung der notwendigen Maßnahmen wird gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten entwickelt, da diese sie nur umsetzen werden, wenn sie für sie nachvollziehbar sind“ (ebd.).

Das kann konkret die Vermittlung von Grundlagenwissen zu Dynamiken von sexuellem Missbrauch an den nicht missbrauchenden Elternteil bedeuten, damit die Zielsetzung der notwendigen Maßnahmen klar wird und die nicht missbrauchenden Elternteile in die Lage versetzt werden, aktiv an der Erarbeitung von Maßnahmen zur Gefährdungsabwehr mitzuwirken. Kann eine Zustimmung nicht erreicht werden, so eine weitere Schlussfolgerung, laufen ambulante Schutzkonzepte leicht ins Leere.

- „Die Vor- und Nachbereitung des Schutzkonzepts erfolgt nach Möglichkeit im Vier-Augen-Prinzip unter den Fachkräften“ (ebd.).

Diese Maßnahme scheint mit Blick auf innerfamiliären sexuellen Missbrauch wichtig. Im Verlauf der Expertise wurde mehrfach darauf hingewiesen, wie komplex die Bearbeitung solcher Fälle für das Hilfesystem und somit im Besonderen für die handelnden Fachkräfte ist. Das Vier-Augen-Prinzip und die Möglichkeit zum Einbezug spezialisierter Fachkräfte erhöht die Handlungssicherheit der Fachkräfte.

- „Wenn das Schutzkonzept nicht mit der Frist bzw. nicht nach spätestens drei Monaten beendet werden konnte, wird eine erneute Gefährdungseinschätzung durchgeführt“ (ebd.).

Mit Blick auf die Gefährdung aufgrund eines innerfamiliären sexuellen Missbrauchs scheint diese Frist kurz. Aber auch wenn die Frist verlängert wird, ist es doch Auftrag der Fachkräfte, immer wieder kritisch zu hinterfragen, ob ein Schutzkonzept im innerfamiliären Umfeld die richtige Maßnahme darstellt, oder ob ein Eingriff in die elterliche Sorge wie beispielsweise in Form der Herausnahme des Kindes aus der Familie nötig ist, um vorhandene Gefahren abzuwehren. Offen bleibt an dieser Stelle die Frage, ob und wie Schutzkonzepte funktionieren können, wenn der Täter oder die Täterin weiterhin im gleichen Haushalt mit dem Kind lebt. Diese Situation kommt allenfalls vor, wenn ein Missbrauchsverdacht nicht geklärt werden kann und eine Trennung deshalb rechtlich nicht durchzusetzen ist. In der gesichteten Literatur wird diese Möglichkeit wenig thematisiert. Unter Umständen könnte es aber sinnvoll sein, entsprechende Fälle einmal auszuwerten und zu diskutieren.

3.3 Empfehlungen für erforderliche Qualifikationen der durchführenden ASD-Fachkräfte

Die oben beschriebenen Ausführungen zeigen deutlich, wie vielschichtig die Aufgabenbereiche der Fachkräfte bei einem Verdacht auf

Abschluss und offene Fragen

Es zeigt sich in der Zusammenschau, dass einige (wenige) Erkenntnisse und Konzepte zur Gefährdungseinschätzung sowie der Implementierung von Schutzkonzepten bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch bereits vorliegen. So wurde deutlich, dass trotz des weitgehenden Fehlens von eindeutigen „Symptomen“ für innerfamiliären Missbrauch strukturierte Vorgehen und Konzepte zur Erfassung von Anhaltspunkten den abklärenden Fachkräften Orientierung und Handlungssicherheit bieten können. Dabei müssen jedoch neben Risiko- und Schutzfaktoren der Familie immer auch implizite Einflüsse wie die eigene Haltung der Fachkräfte berücksichtigt und laufend reflektiert werden. Hierzu bedarf es eines passenden Rahmens sowie der entsprechenden institutionellen Möglichkeiten (z. B. im Hinblick auf Supervision).

Der Einbezug der Eltern(teile) wird immer wieder kritisch diskutiert, wenn ihre Rolle bei einem im Raum stehenden sexuellen Missbrauch unklar ist, doch auch hier gibt es Vorschläge und Vorgehensweisen, über die in großen Teilen Einigkeit besteht. So sollte beispielsweise geklärt sein, wie notfalls für den Schutz des betroffenen Kindes bzw. der oder des Jugendlichen gesorgt werden kann, bevor das Gespräch mit Familienangehörigen stattfindet. Besonders zu berücksichtigen, scheint auch hier stets der Umstand zu sein, dass die Hintergründe eines Verdachts auf sexuellen Missbrauch häufig für längere Zeit unklar sind und beispielsweise oft auch (anfangs) nicht bekannt ist, wer tatsächlich die Täterin oder der Täter ist.

Die Exploration von betroffenen Mädchen und Jungen wurde bereits früh als wichtige und anspruchsvolle Aufgabe wahrgenommen, weshalb hier bereits einige, teils auch evaluierte, Konzepte formuliert wurden, die den Fachkräften Handlungssicherheit geben können. Besonders hervorzuheben, scheint hier die Wichtigkeit einer nicht suggestiven Befragung und der Schaffung eines positiven und respektvollen Umfelds für die befragten Personen zu sein.

Mit Blick auf Schutzkonzepte bei innerfamiliärem sexuellen Missbrauch kann festgehalten werden, dass zwar ein bundeseinheitlicher Standard für die Wahl der einzusetzenden Hilfen zur Erziehung oder anderer Unterstützungsmaßnahmen fehlt, sich jedoch ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit qualitativ hochwertiger Unterstützung der Familien entwickelt hat. Neben der generellen Verfügbarkeit von Maßnahmen sollte ein wichtiger Einflussfaktor für Auswahlentscheidungen die belegbare Wirkung der eingesetzten Maßnahmen sein. Hier sind einige wenige Erkenntnisse bereits vorhanden. Daraus wurden Fragen abgeleitet, mit denen sich interessierte Jugendämter für die eigene fachliche Weiterentwicklung auseinandersetzen können. Besonders hervorzuheben sind hier beispielsweise die

Zugangswege für Familien als Grundlage und Voraussetzung für eine wirksame Unterstützung sowie die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Konzepte zur Förderung der Erziehungsfähigkeit von nicht missbrauchenden Elternteilen.

Schutzkonzepte als Zusammenspiel von Hilfe und Kontrolle müssen dabei allerdings auch immer grundlegende, stabilisierende Bedürfnisse der Familien berücksichtigen wie beispielsweise finanzielle Sicherheiten, die Bewältigung der emotionalen Krise oder auch die Unterstützung in der Strukturierung des (neuen) Alltags.

In der Gesamtschau wird deutlich, dass für umfassende Aussagen zu hilfreichen Maßnahmen und Konzepten einige wichtige empirische Erkenntnisse noch fehlen. So ist wenig darüber bekannt, ob Haltungen und Lebenserfahrungen der bearbeitenden Fachkräfte Vorgehen und Ergebnisse von Verdachtsklärungen beeinflussen. Auch der Umgang mit den begrenzten Möglichkeiten einer Verdachtsabklärung bei Kindern und Jugendlichen, die sich nicht verbal verständigen oder nicht deutsch sprechen, ist weitestgehend unerforscht.

Eine umfassende Forschung für Schutzkonzepte bei innerfamiliärem sexuellen Missbrauch liegt ebenfalls nicht vor. Zwar wurde in der Expertise versucht, Erkenntnisse zu Schutzkonzepten bei anderen Gefährdungsformen zu übertragen, aber Analysen zu Schutzkonzepten speziell bei sexuellem Missbrauch, wären sehr wichtig und sollten dringend erfolgen.

Richten wir den Blick also auf die Zukunft: Deutlich wurden einige Möglichkeiten, um die Qualität des Kinderschutzes in Bezug auf innerfamiliären sexuellen Missbrauch zu steigern und zu verstetigen. Bei einer Perspektive auf die Ebene dahinter wird allerdings auch die Bedeutung der Prävention in diesem Kontext offensichtlich: Sexueller Missbrauch findet in den meisten Fällen im direkten sozialen Nahfeld (wie hier der Familie) statt. Damit in dieser sensiblen Situation Mädchen und Jungen tatsächlich geschützt werden können, werden auch Informationen bezüglich sexuellen Missbrauchs und gegebener Handlungsmöglichkeiten für alle Erwachsenen im Umfeld von Kindern und Jugendlichen benötigt. Nur informierte Erwachsene können Ansprechpersonen sein, Mädchen und Jungen bei der Aufdeckung unterstützen und dabei helfen, den Missbrauch zu beenden. Eine fundierte und umfassende Information muss dabei helfen, das Tabu zu brechen, um das Sprechen von Betroffenen zu ermöglichen, ohne alle Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen unter Generalverdacht zu stellen (vgl. Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs 2019).

Prävention von sexuellem Missbrauch ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und die Basis für alle weiteren Kinderschutzbemühungen.

Literatur

Althoff, Monika/Bathke, Sigrid A./Eberitzsch, Stefan/Frese, Désirée/Jordan, Erwin/Lukasczyk, Peter/Müller, Regine (2010): Qualitätsrahmen „Kinderschutz“. ISA – Institut für soziale Arbeit e. V. Münster

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2018): Familienunterstützung in der Lebenswelt von jungen Menschen und ihren Familien. Hilfen zur Erziehung als Bestandteil einer ganzheitlichen Infrastruktur. Berlin

Banaschak, Sibylle/Rothschild, Markus A. (2015): Körperliche Befunde bei sexuellem Kindesmissbrauch. In: Fegert, Jörg M./Hoffmann, Ulrike/König, Elisa/Niehues, Johanna/Liebhardt, Hubert (Hrsg.): Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Ein Handbuch zur Prävention und Intervention für Fachkräfte im medizinischen, psychotherapeutischen und pädagogischen Bereich. Berlin, S. 179–184

Bange, Dirk (2011): Eltern von sexuell missbrauchten Kindern. Reaktionen, psychosoziale Folgen und Möglichkeiten der Hilfe. Göttingen

Bange, Dirk (2015): Planung der Intervention nach Aufdeckung eines sexuellen Kindesmissbrauchs. In: Fegert, Jörg M./Hoffmann, Ulrike/König, Elisa/Niehues, Johanna/Liebhardt, Hubert (Hrsg.): Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Ein Handbuch zur Prävention und Intervention für Fachkräfte im medizinischen, psychotherapeutischen und pädagogischen Bereich. Berlin, S. 203–212

Bange, Dirk (2018): Familienbezogene Interventionen bei sexualisierter Gewalt. In: Retkowski, Alexandra/Treibel, Angelika/Tuider, Elisabeth (Hrsg.): Handbuch Sexualisierte Gewalt und pädagogische Kontexte. Weinheim, S. 579–588

Berufsgruppe gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen Würzburg (2018): Vorgehen bei Verdacht auf sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Empfehlungen für Fachkräfte in pädagogischen, psychosozialen und medizinischen Arbeitsfeldern. Würzburg

Biesel, Kay/Urban-Stahl, Ulrike (2018): Lehrbuch Kinderschutz. Studienmodule Soziale Arbeit. Weinheim/Basel

Bradley, Adam/Wood. James M. (1996): How do children tell? The disclosure process in child sexual abuse. In: Child abuse & neglect, 20. Jg., H. 9, S. 881–891

Broadus-Shea, Elena/Scott, Kerry/Reijnders, Megin/Amin, Avni (2021): A review of the literature on good practice considerations for initial health system response to child and adolescent sexual abuse. In: Child Abuse & Neglect, 116. Jg, S. 1–9

- Davidson–Arad, Bilha/Benbenishty, Rami (2010): Contribution of child protection workers' attitudes to their risk assessments and intervention recommendations: A study in Israel. In: *Health & Social Care in the Community*, 18. Jg., H. 1, S. 1–9
- Debertin, Anette/Banaschak, Sibylle (2013): Sexueller Missbrauch von Kindern aus medizinischer Sicht. In: *Kindesmisshandlung und -vernachlässigung. Interdisziplinäre Fachzeitschrift für Prävention und Intervention*. 16. Jg., H. 1, S. 4–11
- Deegener, Günther (2004a): Exploration sexuell missbrauchter Kinder. In: Körner, Wilhelm/Lenz, Albert (Hrsg.): *Sexueller Missbrauch*. Bd. 1. Göttingen, S. 121–128
- Deegener, Günther (2004b): Non-verbale diagnostische Verfahren. In: Körner, Wilhelm/Lenz, Albert (Hrsg.): *Sexueller Missbrauch*. Bd. 1. Göttingen, S. 129–139
- Enders, Ursula (2015): Umgang mit Vermutung und Verdacht bei sexuellem Kindesmissbrauch. In: Fegert, Jörg M./Hoffmann, Ulrike/König, Elisa/Niehues, Johanna/Liebhardt, Hubert (Hrsg.): *Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Ein Handbuch zur Prävention und Intervention für Fachkräfte im medizinischen, psychotherapeutischen und pädagogischen Bereich*. Berlin, S. 155–164
- Fendrich, Sandra/Pothmann, Jens/Tabel, Agathe (2019): *Monitor Hilfen zur Erziehung 2018*. Herausgegeben von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik. Dortmund
- Fergusson, David/Horwood, John/Lynskey, Michael (1996): Childhood sexual abuse and psychiatric disorder in young adulthood: II. Psychiatric outcomes of childhood sexual abuse. In: *Journal of the American Academy of Child & Adolescent Psychiatry*, 35. Jg., H. 10, S. 1365–1374
- Franzheld, Tobias (2015): *Verdachtsarbeit im Kinderschutz*. Dissertation. Kassel
- Friedrich, William (2007): *Children with sexual behavior problems*. New York
- Gerber, Christine/Lillig, Susanna (2018): *Gemeinsam lernen aus Kinderschutzverläufen. Eine systemorientierte Methode zur Analyse von Kinderschutzfällen und Ergebnisse aus fünf Fallanalysen*. Bericht. Beiträge zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz 9. Herausgegeben vom Nationalen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH). Köln
- Geschäftsstelle der Kommission Kinderschutz im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (2019): *Abschlussbericht der Kommission Kinderschutz. Band II: Materialien*. Stuttgart
- Goldbeck, Lutz (2015): Auffälligkeiten und Hinweiszeichen bei sexuellem Kindesmissbrauch. In: Fegert, Jörg M./Hoffmann, Ulrike/König, Elisa/Niehues, Johanna/Liebhardt, Hubert (Hrsg.): *Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Ein Handbuch zur Prävention und Intervention für Fachkräfte im medizinischen, psychotherapeutischen und pädagogischen Bereich*. Berlin, S. 145–154

- Graf, Sarah/Bovenschen, Ina/Kindler, Heinz (2018): Erwachsene verurteilte Missbrauchstäter in Familien mit Kindern. In: *Praxis der Rechtspsychologie*, 28. Jg., H. 2, S. 5–34
- Hailes, Helen/Yu, Rongqin/Danese, Andrea/Fazel, Seena (2019): Long-term outcomes of childhood sexual abuse: an umbrella review. In: *The Lancet Psychiatry*, 6. Jg., H. 10, S. 830–839
- Hofmeister, Christine (2011): Sexuelle Kindesmisshandlung in der Familie: Die de-professionalisierte Verdachtsabklärung in der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe. Grünwald
- Houtepen, Jenny/Sijtsema, Jelly/Bogaerts, Stefan (2014): From child pornography offending to child sexual abuse: A review of child pornography offender characteristics and risks for cross-over. In: *Aggression and Violent Behavior*, 19. Jg., H. 5, S. 466–473
- Kavemann, Barbara/Nagel, Bianca/Hertlein, Julia (2016): Fallbezogene Beratung und Beratung von Institutionen zu Schutzkonzepten bei sexuellem Missbrauch. Erhebung von Handlungsbedarf in den Bundesländern und von Bedarf an Weiterentwicklung der Fachberatungsstellen. Expertise im Auftrag des UBSKM. Berlin
- Kindler, Heinz (2007): Kinderschutz in Deutschland stärken: Analyse des nationalen und internationalen Forschungsstandes zu Kindeswohlgefährdung und die Notwendigkeit eines nationalen Forschungsplanes zur Unterstützung der Praxis. München
- Kindler, Heinz (2009): Kindeswohlgefährdung: Ein Forschungsupdate zu Ätiologie, Folgen, Diagnostik und Intervention. In: *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie*, 58. Jg., H. 10, S. 764–785
- Kindler, Heinz (2012): Fachlich gestaltete Gespräche mit Kindern im Kinderschutz: Ein Forschungsüberblick. In Thole, Werner/Retkowski, Alexandra/Schäuble, Barbara (Hrsg.): *Sorgende Arrangements. Kinderschutz zwischen Organisation und Familie*. Wiesbaden, S. 203–216
- Kindler, Heinz (2013): Qualitätsindikatoren für den Kinderschutz in Deutschland: Analyse der nationalen und internationalen Diskussion – Vorschläge für Qualitätsindikatoren. In: Nationales Zentrum frühe Hilfen (NZFH) (Hrsg.): *Beiträge zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz 6*. Paderborn, S. 1–78
- Kindler, Heinz (2023): Gespräche mit Kindern im Rahmen der Gefährdungseinschätzung. Expertise im Rahmen des Projekts „Qualitätsentwicklung im Kinderschutz in Baden-Württemberg“. München
- Kindler, Heinz/Schmidt-Ndasi Daniela (2011): Wirksamkeit von Maßnahmen zur Prävention und Intervention im Fall sexueller Gewalt gegen Kinder. Herausgegeben von AMYNA e.V./DJI. München
- Kindler, Heinz/Lillig, Susanna/Blüml, Herbert/Meysen, Thomas/Werner, Annegret (2006) (Hrsg.): *Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD)*. München

- Körner, Wilhelm/Heuer, Franz (2014): Psychodiagnostik bei Kindeswohlgefährdung: Anwenderhandbuch für Beratungs- und Gesundheitsberufe. Weinheim/Basel
- Landschaftsverband Rheinland/LVR-Landesjugendamt (2015): Gelingensfaktoren bei der Wahrnehmung des Schutzauftrags gemäß § 8a SGB VIII. Eine Orientierungshilfe für Jugendämter. Köln
- Linke, Thorsten (2018): Arbeit mit Familien in Kontext sexualisierter Gewalt in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Retkowski, Alexandra/Treibel, Angelika/Tuider, Elisabeth (Hrsg.): Handbuch Sexualisierte Gewalt und pädagogische Kontexte. Weinheim, S. 571–578
- LWL-Landesjugendamt Westfalen (Hrsg.) (2013): Ideen und Konzepte. Schutzkonzepte in der Hilfeplanung. Eine qualitative Untersuchung zur Funktion und zur Wirkweise von Schutzkonzepten im Rahmen ambulanter Erziehungshilfen. Münster
- Macsenaere, Michael/Paries, Gabriele/Arnold, Jens (2009): EST! Evaluation der Sozialpädagogischen Diagnose-Tabellen. Abschlussbericht. Mainz
- Mosser, Peter (2009): Wege aus dem Dunkelfeld. Aufdeckung und Hilfesuche bei sexuellem Missbrauch an Jungen. Wiesbaden
- Müller, Heinz/de Paz Martinez, Laura (2020): Schutzkonzeption in der Pflegekinderhilfe. Anforderungen und Ansatzpunkte. Diskussionspapier aus dem Dialogforum Pflegekinderhilfe. Frankfurt/Main
- Münder, Johannes/Meysen, Thomas/Trenczek, Thomas (2019): Frankfurter Kommentar SFB VIII. 8. Aufl. Baden-Baden
- Navratil, Francesca (2005): Sind sexuell übertragbare Erkrankungen im Kindesalter indikativ für sexuelle Ausbeutung? <https://www.kindergynaekologie.de/fachwissen/korasion/2005/sind-sexuell-uebertragbare-erkrankungen-im-kindesalter-indikativ-fuer-sexuelle-ausbeutung/> (23.04.2019)
- Noeker, Meinolf/Franke, Ingo (2018): Strukturierte Befragung von Kindern bei Kindeswohlgefährdung: Die deutsche Version des NICHD-Interviewprotokolls in seiner revidierten Fassung. In: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, 61. Jg., H. 12, S. 1587–1602
- Pawils, Silke/Nick, Susanne/Metzner, Franka/Lotzin, Anett/Schäfer, Ingo (2017): Versorgungssituation von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit sexuellen Gewalterfahrungen in Deutschland. In: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, 60. Jg., S. 1046–1054
- Paz Martínez, Laura de/Teupe, Ursula (2023): Arbeit mit Familien mit Migrationshintergrund im Kinderschutz. Zur Bedeutung kultur- und migrationssensiblen Fallverstehens. Expertise im Rahmen des Projekts „Qualitätsentwicklung im Kinderschutz in Baden-Württemberg“. München

- Reich, Wulfhild/Lukasczyk, Peter/Kindler, Heinz (2009): Evaluation eines Diagnoseinstrumentes zur Gefährdungseinschätzung des Kindeswohls. In: NDV - Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., 89. Jg., H. 2, S. 63–68.
- Schader, Heike (2013): Risikoabschätzung bei Kindeswohlgefährdung: Ein systemisches Handbuch. Weinheim/Basel
- Schmutz, Elisabeth/de Paz Martinez, Laura (2018): Nationaler Forschungsstand und Strategien zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz. Expertise. Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH). Beiträge zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz 8. Köln
- Schone, Reinhold (2008): Kontrolle als Element von Fachlichkeit in den sozialpädagogischen Diensten der Kinder- und Jugendhilfe. Expertise im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Berlin
- Schönecker, Lydia/Dittmann-Wolf, Aline/Lillig, Susanna/Gerber, Christine/Meysen, Thomas (2020): Wie kann im Kinderschutz ein Austausch verschiedener Akteurinnen und Akteure vor dem Hintergrund der bestehenden datenschutzrechtlichen Regelungen ermöglicht werden? Expertise im Rahmen des Projekts „Qualitätsentwicklung im Kinderschutz in Baden-Württemberg“. München
- Stiller, Anja/Hellmann, Deborah (2017): In the aftermath of disclosing child sexual abuse: Consequences, needs, and wishes. In: Journal of sexual aggression, 23. Jg., H. 3, S. 251–265
- Thole, Werner/Retkowski, Alexandra/Schäuble, Barbara (2012) (Hrsg.): Sorgende Arrangements: Kinderschutz zwischen Organisation und Familie. Wiesbaden
- Trickett, Penelope/Noll, Jennie/Putnam, Frank (2011): The impact of sexual abuse on female development: Lessons from a multigenerational, longitudinal research study. In: Development and Psychopathology, 23. Jg., H. 2, S. 453–476
- Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (Hrsg.) (2019): Geschichten, die zählen. Bilanzbericht 2019. Bd. 1. Berlin
- Unterstaller, Adelheid (2006): Wie kann ein Verdacht auf sexuellen Missbrauch abgeklärt werden? In: Kindler, H./Lillig, S./Blüml, H./Meysen, T./Werner, A. (Hrsg.) (2006): Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst. München
- Urban-Stahl, Ulrike/Albrecht, Maria/Gross-Lattwein, Svenja (2018): Hausbesuche im Kinderschutz: Empirische Analysen zu Rahmenbedingungen und Handlungspraktiken in Jugendämtern. Opladen/Berlin/Toronto

- Volbert, Renate (2015): Gesprächsführung mit von sexuellem Missbrauch betroffenen Kindern und Jugendlichen. In: Fegert, Jörg M./Hoffmann, Ulrike/König, Elisa/Niehues, Johanna/Liebhardt, Hubert (Hrsg.): Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Ein Handbuch zur Prävention und Intervention für Fachkräfte im medizinischen, psychotherapeutischen und pädagogischen Bereich. Berlin, S. 185–194
- Vroljik-Bosschaart, Thekla/Brilleslijper-Kater, Sonja/Benninga, Marc/Lindauer, Ramon/Teeuw, Arianne (2018). Clinical practice: recognizing child sexual abuse – what makes it so difficult? In: *European Journal of Pediatrics*, 177. Jg., H. 9, S. 1343–1350
- Weber, Udo (2015): Klinische Diagnostik bei sexuellem Kindesmissbrauch. In: Fegert, Jörg M./Hoffmann, Ulrike/König, Elisa/Niehues, Johanna/Liebhardt, Hubert (Hrsg.): Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Ein Handbuch zur Prävention und Intervention für Fachkräfte im medizinischen, psychotherapeutischen und pädagogischen Bereich. Berlin, S. 173–178
- Witte, Susanne (2018): Geschwister im Kontext von Misshandlung, Missbrauch und Vernachlässigung: Risikokonstellationen, Qualität der Geschwisterbeziehung und aktuelle psychische Belastung. Dissertation. Weinheim/Basel
- Zimmermann, Peter (2010): Sexualisierte Gewalt gegen Kinder in Familien und im familiären Umfeld. Expertise im Rahmen des Projekts „Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen in Institutionen“. München
- Zimmermann, Peter/Neumann, Anna/Çelik, Fatma/Kindler, Heinz (2011): Sexuelle Gewalt gegen Kinder in Familien. Ein Forschungsüberblick. In: *Sexuologie*, 18. Jg., H. 3/4, S. 119–142

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Nockherstraße 2
D-81541 München

Postfach 90 03 52
D-81503 München

Telefon +49 89 62306-0

Fax +49 89 62306-162

www.dji.de